

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.) Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Die Spaltung in der sozialdemokratischen Partei.

Man sollte eigentlich denken, daß in der jetzigen Zeit, wo die Verhandlungen des Reichstags, das Abkommen zwischen Deutschland und England über Ostafrika und Helgoland und die Vorgänge in den „interessanten“ Ländern und Ländchen an der unteren Donau doch so reichlichen Stoff für die politische Bierbrot-Unterhaltung und Kannegießerei bieten, die Redaktionen der bürgerlichen Blätter eigentlich keine Ursache hätten, ihre alten und schon hundert Mal abgeleiteten Thematika hervor zu suchen, um ihren Lesern dieselbe Geschichte zum hundert- und ersten Male noch einmal vorzutragen.

Wir sind gewohnt, daß in der Zeit der sauren Gurke und der Hundstagshitze neben manch' anderen Lachhütern auch immer und immer wieder die Geschichte von der „demnächstigen Spaltung“ der sozialdemokratischen Partei und dem „weitgediehenen Zerfallsprozeß“ innerhalb derselben auftaucht; daß aber jetzt schon diese Seeschlange erscheinen würde, darauf waren wir nicht gefaßt. Und doch kann man jetzt kaum ein bürgerliches Blatt in die Hand nehmen, das nicht eine mehr oder minder lange und auf alle Fälle „tiefsinnige“ Abhandlung über den Zerfall der Sozialdemokratie enthält.

Den Anlaß zu diesen ebenso überflüssigen als neben das Ziel schießenden Ansetzungen leiten die Blätter aus der Rede her, die Genosse Bebel gelegentlich der Volksversammlung am Donnerstag voriger Woche im Saale der Brauerei „Friedrichshain“ gehalten hat. Die energischen Worte, welche der hochgeachtete Führer der Sozialdemokratie wegen des unbesonnenen und unüberlegten Streiks und Boykotts in die Parteigenossen gerichtet hat, sollen auf einen „tiefen Riß“ innerhalb der Partei hinweisen, zumal die Volksversammlung trotz der Abmachungen Bebels eine Resolution gegen das „Berliner Volksblatt“ annahm. Die „Freisinnige Zeitung“ des Herrn Richter weiß außerdem auch noch als weiteren Beweis für den Rückgang und Zerfall der Sozialdemokratie gerade hier in Berlin zu erzählen, daß Arbeiterversammlungen in den letzten Monaten immer schwächer besucht wurden und daß sogar in der „Bebelversammlung“ nur 300 Personen dagewesen sein sollen. Abgesehen nun davon, daß diese letztere Angabe eine grobe Lüge ist, denn wenn auch der Besuch angesichts des riesigen Saales ein schwacher war, so hatten sich doch mindestens 1000 Personen eingefunden, — ein ganz ordinärer Streich des freisinnigen Blattes ist es aber, von einer „Bebelversammlung“ zu reden. Damit soll natürlich bei den Lesern der Glaube erweckt werden,

als sei die Versammlung mit einem Referat von Bebel oder doch mit dessen Auftreten angekündigt worden, und daß trotzdem der schwache Besuch nicht zu verhindern gewesen sei.

Daß das nicht der Fall war und daß weder auf den Plakaten, noch in irgend einem Presorgan bekannt gemacht war, daß Bebel in der Versammlung erscheinen werde, wissen die Leser. Die „Freis. Ztg.“ hat also einfach gestunzelt, was ihrer Tendenz, alles herunterzureißen, was nicht Eugen Richter heißt oder nach der Pfeife dieses Generalgewaltigen tanzt, allerdings vollkommen entspricht. Wäre irgendwie bekannt gewesen, daß Genosse Bebel in der Versammlung erscheinen werde, wir glauben nicht zu viel zu sagen, wenn wir behaupten, daß dann der Saal nicht für die zuströmenden Arbeiter ausgereicht hätte, und wenn er drei oder fünf Mal so groß gewesen wäre, wie er ist. Vielleicht findet sich bald Gelegenheit, die Probe auf das Exempel zu machen; einen kleinen Vorgeschmack davon geben ja die Versammlungen bereits, welche die beiden Berliner Abgeordneten Liebknecht und Singer zur Berichterstattung vor ihren Wählern dieser Tage abgehalten haben.

Genau so wie es aber mit der Behauptung steht, daß die werththätige Bevölkerung Berlins es satt hat, sozialdemokratische Versammlungen zu besuchen, ebenso falsch sind die Schlussfolgerungen, welche aus dem Verlauf der Versammlung über die Stimmung innerhalb unserer Partei gezogen werden. Wir behaupten — und wir glauben von diesen Dingen doch etwas mehr zu wissen als die Redaktionen der bürgerlichen Blätter —, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei in allen ihren Theilen nie enger und geschlossener gewesen ist, als heute, und das alles, was von bevorstehenden Spaltungen und einem angeblich vorhandenen Zerfallsprozeß geschrieben wird, nichts als Fasel ist, das Papier nicht werth, auf dem es steht.

Daß über die eine oder andere Frage nebensächlicher Bedeutung auch in unserer Partei verschiedene Meinungen vorhanden sein können und thatsächlich manches Mal auch vorhanden sind, ist ebenso selbstverständlich, als wie es sich am Rand versteht, daß auch unsere Parteigenossen nicht unfehlbar sind und deswegen mancher Beschluß gefaßt und manche Aktion in Szene gesetzt werden kann, die vielleicht besser unterbleiben würde. In diesem Sinne hat sich auch Genosse Bebel gegen einen etwaigen Fetischdienst, der mit Volksversammlungsbeschlüssen getrieben werden soll, ausgesprochen und aus gleichem Grunde warnte er, wie wir hier einschalten wollen, in voller Uebereinstimmung mit der gesamten Fraktion — vor unüberlegten Streiks und der unüberlegten Anwendung des Boykotts. Was Bebel

aussprach, ist die Meinung der immensen Mehrheit aller einsichtigen und zielbewußten Parteigenossen, und auch in der Versammlung war Niemand — mit Ausnahme vielleicht der interessirten Vertreter einer gewissen Brauerei — der nicht die Zweifelschneidigkeit einer Maßregel, wie der Bierboykott eine ist, zugab. Wenn deshalb die Tante Wof, die dem Vorgange auch einen Leiter widmet, der Meinung Ausdruck giebt, daß, wenn es nicht Bebel gewesen wäre, der so austrat, jeder andere Redner von einem hochnothpeinlichen Gerichte seine Ausstoßung aus der sozialdemokratischen Partei erleben würde, so täuscht sich das Blatt doch ganz gewaltig.

Unsere Partei kennt weder einen „Höchstkommandirenden“, noch haben wir Rücksichten zu nehmen auf gewisse Zukunftshoffnungen — beides Dinge, die bei den Parteigenossen der Vossin allerdings eine sehr große Rolle spielen und gespielt haben. In unseren Reihen hat das Recht der vollen und rücksichtslosesten Kritik zu allen Zeiten unumschränkte Geltung gehabt und die Redaktion der Tante würde vergebens alle die dickeibigen Bände ihres Blattes durchblättern, wenn sie nach einem Falle suchte, wo ein Sozialdemokrat wegen der legalen Ausübung dieses Rechtes ausgeschlossen worden wäre.

Daß dagegen für Leute, welche nicht kritisieren, um zu bessern, sondern stänkern, um zu spalten und zu kompromittieren, in unseren Reihen kein Platz ist, das ist eben so richtig, als es notwendig ist. Eine Partei, für die das Wort: „Feinde ringsum!“ im vollen Umfange gilt, wird ebenso sehr auf Selbstkritik zu sehen, als darauf zu achten haben, daß ihre Reihen von zweifelhaften Elementen frei bleiben. Wenn das Letztere der Partei während der in dieser Beziehung so ungemein schwierigen Periode der Herrschaft des Sozialistengesetzes gelungen ist, so wird es ihr erst recht gelingen, wenn dieser Alp von uns genommen sein wird.

Dazu bedarf es aber vor allem, daß wie bisher, so auch in alle Zukunft der Kritik ihr Recht ungeschmälert gewahrt bleibt, unbekümmert darum, wer sie übt, wenn es nur in loyaler Weise und in der Absicht, die Interessen der Partei zu fördern, geschieht. In diesem Sinne beurtheilten die Parteigenossen auch das Vorgehen Bebels in der „Friedrichshain“-Versammlung und weit entfernt, daß dieses Aussprechen abweichender Ansichten die Einheit der Partei gefährden, sie „zersezen“ wird, wird gerade dieses offene Vorgehen der Partei im hohen Grade von Nutzen sein.

Die Sozialdemokratie braucht sich nicht zu scheuen, ihre Angelegenheiten bei offenen Thüren zu verhandeln, und daß in unseren Reihen es nicht an mora-

Feuilleton.

165

„Im Glück der Damen.“

Roman von Emile Zola.

Autorisirte Uebersetzung von Armin Schwarz.

Denise verließ schauernd den Rand des Bettes, als ob sie besürchtet hätte, durch einen Hauch diese erbärmliche Nachtzeit zu zerstören. Es war das Ende des Fleisches, ein bräunlicher Leib, verzehrt in der Erwartung, zurückgekehrt zu der gebrechlichen Kindheit der ersten Jahre. Genevieve bedeckte sich langsam wieder und sagte:

— Du siehst wohl, ich bin kein Weib mehr. . . . Es wäre schlecht von mir, jetzt noch nach ihm zu verlangen. Nun schwiegen alle Beide. Sie betrachteten sich von Neuem, fanden aber nichts zu sagen, endlich bemerkte Genevieve:

— Geh, bleibe nicht da, Du hast ja Deine Geschäfte. Ich danke Dir; ich hatte das Verlangen, zu erfahren; nunmehr bin ich zufrieden. Wenn Du ihn wieder siehst, sage ihm, daß ich ihn verzeihe. Adieu, meine gute Denise, küsse mich, es ist das letzte Mal.

Denise küßte sie protestirend.

— Nein, nein, sagte sie, was quälst Du Dich so, Du bedarfst der Pflege, sonst nichts.

Doch die Kranke schüttelte eigensinnig den Kopf, sie lächelte, sie war ihrer Sache sicher, und da ihre Nase endlich zur Thür wandte, fügte sie noch hinzu:

— Warte ein wenig, poche mit diesem Stock, damit

Papa heraufkommt, ich fürchte mich zu sehr, wenn ich allein bin.

Dann, als Baudu da war, in diesem kleinen dumpfen Zimmer, wo er 2 Stunden auf einem Sessel sitzend verbrachte, war sie etwas heiterer und rief Denise die Worte zu:

— Du brauchst gar nicht zu kommen, es ist unnöthig, aber Sonntag erwarte ich Dich und Du wirst Nachmittag bei mir bleiben.

Am folgenden Tage um 6 Uhr Morgens starb Genevieve nach einem vierstündigen grenlichen Todeskampf. Die Beerdigung fand an einem Sonnabend statt, bei einem unwohlthunenden unfreundlichen Wetter. Das „Alte Elben“, mit weißem Tuch überzogen, bildete einen großen weißen Fleck in der Straße. Und die Kerzen, die im matten Tageslichte brannten, waren die Sternchen, die in der Morgendämmerung erblühten. Die Bahre war mit Perlenkränzen und einem großen weißen Rosenbouquet geschmückt; es war ein recht schmaler Sarg, wie für ein kleines Mädchen bestimmt, welcher in dem düsteren Thoreingang des Hauses stand. Das ganze alte Stadtviertel schwihte sozusagen die Feuchtigkeitsluft, wie dumpfer Schimmelgeruch, wie aus einem Keller, strömte da aus auf das ununterbrochene Treiben der Menge, welche auf dem lothigen Straßenpflaster hin und her mochte.

Um 9 Uhr Morgens kam Denise, um bei ihrer Tante zu bleiben. Als der Leichenzug ausbrach, bat die Mutter, die in ihrem namenlosen Schmerz nicht weinen konnte, Denise möchte mitfahren und den Dufel in ihre Obhut nehmen, dessen stummer Schmerz die ganze Familie beunruhigte. Denise fand die ganze Straße mit Leuten angefüllt. Der kleine Handel des Stadtviertels wollte der Familie Baudu seine

Sympathie bezeugen, und darin lag zugleich eine Demonstration gegen das „Glück der Damen“, welches man für das langsame Hinsinken von Genevieve begehrt hatte. Sämmtliche Opfer des Ungeheuers waren erschienen. Bedore und Schwester, die Wirtwaarenhändler aus der Gaillonstraße, die Pelzwaarenhändler Brüder Banpouille, der Spielwaarenhändler Deslignieres, die Möbelschneider Picot und Rivoire; selbst die Wäschehändlerin Fraulein Laitin und der Handschuhhändler Quinet, welche durch das Falliment längst hinweggesetzt waren, hielten es für ihre Pflicht zu erscheinen. In Erwartung des Leichenzuges, der sich ein wenig verspätet hatte, trippelte die leidtragende Menge in dem Straßenlothe hin und her und schleuderte wüthende Blicke des Hasses auf das „Glück der Damen“, welches mit seinen bellerschimmernden Auslagen gleichsam eine Insult gegen das „Alte Elben“ war, dessen Trauer die andere Seite der Straße verdüsterte. Es erschienen wohl die Köpfe einiger Kommiss hinter den Spiegelscheiben, allein der Koloss behielt seine Gleichgültigkeit der in Thätigkeit befindlichen Dampfmaschine. Denise suchte mit den Augen ihren Bruder Jean; sie bemerkte ihn endlich vor der Butte des alten Bourras, wo sie ihn abholte, um ihn zu empfehlen, daß er neben dem Dufel gehen und ihn aufrecht halten soll, wenn dieser zu schwach werden sollte. Seit einiger Zeit war Jean erust geworden und war von einem innern Leiden gequält. In diesem Tage war er in eine schwarze Redingote gekleidet und stellte einen ganzen Mann vor; er verdiente in letzter Zeit 20 Franks an manchem Tage und benahm sich so würdig und bekümmert, daß seine Schwester davon überrascht war, denn sie vermuthete gar nicht, daß er die Kommode dermaßen liebte. Um Pepe alle überflüssigen Kümernisse zu ersparen, ließ sie ihn bei Madame Gras

lischen Muthes gebracht, einen begangenen Fehler offen und vor aller Welt einzugehen und den Voratz auszusprechen, denselben Fehler für die Zukunft zu vermeiden, das ist eben ein Zeichen unserer Stärke und sittlichen Höhe, zu der andere Parteien freilich vergebens hinausblicken.

15. Sitzung der Arbeiterschuttkommission.

Montag, den 28. Juni.

Die Beratung wird bei § 139 wieder aufgenommen. Derselbe handelt von den Ausnahmen, die im Falle von Natur-Ereignissen oder Unglücksfällen für die in §§ 135 Abs. 2 bis 4, 136, 137 Abs. 1 bis 3 vorgesehenen Beschränkungen zugelassen werden sollen. Die Regierungsvorlage will, daß in solchen Fällen die höhere Verwaltungsbehörde das Recht haben soll, auf die Dauer von 4 Wochen Dispense einzutreten zu lassen, für längere Zeit soll dazu nur der Reichskanzler befugt sein.

Die Debatte über den Paragraphen ist eine sehr konfuse. Man kommt aus den Mißverständnissen gar nicht heraus und weiß namentlich nicht, wo die Ausnahmegesetze in dem einen Absatz anfangen und in dem andern aufhören. Wenn das schon bei der Beratung des Gesetzes der Fall ist, wie wird es erst bei dessen Anwendung werden! — Nach einigen aufklärenden Bemerkungen des Handelsministers wird der Paragraph in der Fassung der Regierungsvorlage mit einigen redaktionellen Veränderungen, die v. Stumm beantragt hatte, angenommen.

Von Ausnahmen ist auch wieder im § 139 a die Rede. Es handelt sich im Absatz 1 darum, die Verwendung von Arbeiterinnen, sowie von jugendlichen Arbeitern für gewisse Fabrikationszweige, welche mit besonderen Gefahren für Gesundheit oder Sittlichkeit verbunden sind, gänzlich zu untersagen oder von besonderen Bedingungen abhängig zu machen. Hierzu liegt wieder ein nationalliberaler Antrag (Möller) vor, wonach die Berufsgenossenschaften hierüber gehört werden sollen. Referent und Korreferent erklären sich, wenn auch aus verschiedenen Gründen, dagegen, während Herr Möller lebhaft für die Berufsgenossenschaften eintritt und denselben ein nach unserer Ansicht stark übertriebenes Lob ertheilt. Er hält es für nöthig, seinen Antrag anzunehmen, damit die betr. Industriellen „beruhigt“ werden. Die Verhütung der Arbeiter über neue Belastungen etc., welche die Gesetze mit sich bringen, hat von den Herren noch keiner für nöthig gehalten. Geheimrath Lohmann erklärt sich gegen den Antrag, ebenso Herr von Stumm, der zwar die Vereinigung der Berufsgenossenschaften in das Gesetz für zulässig, in diesem Falle aber für ungewöhnlich hält. Der Antrag Möller wird hierauf zurückgezogen und Absatz 1 einstimmig angenommen.

Der Absatz 2 will im Gegensatz zu Absatz 1 dem Bundesrath die Befugniß geben, die Verwendung von Frauenarbeit auszu dehnen. Der Wortlaut ist folgender: „Die Verwendung von Arbeiterinnen in 16 Jahre in der Nachtzeit für gewisse Fabrikationszweige, in welchen sie bisher üblich war, unter den durch die Rücksicht auf Gesundheit und Sittlichkeit gebotenen Bedingungen zu gestatten.“ Von fortschrittlicher und sozialdemokratischer Seite wird die Streichung dieses Absatzes verlangt. v. Kleist-Rehnow erklärt sich sehr energisch gegen die Nachtarbeit der Arbeiterinnen. Möller, sowie Grillenberger, plaidiren für die Streichung. Ober-Regierungsrath Königs und v. Stumm dagegen, letzterer geht sogar so weit, zu beantragen, daß die Worte: „in welcher sie bisher üblich war“ gestrichen werden sollen, so daß der ganze, ohnehin so mager Schutz, der den Frauen in vorausgegangenen Paragraphen gewährt wird, wieder illusorisch gemacht werden könnte.

Siehe findet auch, daß die Streichung des Abs. 2 möglich ist. Uebergangsbestimmungen für die schlesische Montanindustrie, in der Frauen-Nachtarbeit noch eine Zeit lang „nöthig“ sein soll, können gefordert getroffen werden.

Handelsminister v. Berlepsch giebt zu, daß es wünschenswerth erscheinen könne, den Abs. 2 aus dem Gesetz zu beseitigen, „schänden“ aber, wie Herr v. Kleist gemeint, werde die Bestimmung das Gesetz nicht. Es müsse aber ein anderer Weg gefunden werden, um Betriebe, wo die Nachtarbeit von Frauen noch nicht entbehrt werden könne — und dazu rechnet er vorwiegend die obereschlesische Bergwerksindustrie — vor allzu großer Schädigung zu bewahren. Er wolle heute gegen die Streichung keinen erheblichen Widerspruch erheben, er müsse aber versuchen, daß dann in der zweiten Lesung in anderer Form eine Ausnahme für die genannten Betriebe zugelassen werde. — Dr. Hirsch und v. Buttamer erklären sich ebenfalls für die Streichung. — Letzterer giebt einige Aufschlüsse über die Arbeiterverhältnisse in der obereschlesischen Montanindustrie; es sei dort Mangel an Arbeitskräften, hauptsächlich infolge der Ausweisungen von russisch-polnischen und galizischen Arbeitern. Er will aber doch für die Streichung stimmen, wenn dem Bundesrath eine spezielle Befugniß, in die obereschlesischen Verhältnisse regelnd einzugreifen,

durch die zweite Lesung eingeräumt wird. — Referent Schmidt fährt an, daß es auch auf den obereschlesischen Bergwerken nicht nöthig sei, Frauen des Nachts zu beschäftigen. v. Stumm giebt sein Amendement zurück. Der Abs. 2 wird hierauf mit allen Stimmen gegen die der Herren Möller und v. Stumm gestrichen.

Der Abs. 3 lautet: „Der Bundesrath ist ermächtigt, für Spinnereien, für Fabriken, welche mit ununterbrochenem Feuer betrieben werden, oder welche sonst durch die Art des Betriebes auf eine regelmäßige Tag- und Nachtarbeit angewiesen sind, sowie für solche Fabriken und Werkstätten, deren Betrieb eine Eintheilung in regelmäßige Arbeitsschichten von gleicher Dauer nicht gestattet oder seiner Natur nach auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt ist, Ausnahmen von den in §§ 135 Abs. 2—4, 136, 137 Abs. 1—3 vorgesehenen Bestimmungen nachzulassen. Jedoch darf in solchen Fällen die Arbeitszeit für Kinder die Dauer von 10 Stunden, für junge Leute die Dauer von 80 Stunden, in Spinnereien von 64, in Ziegeleien von 69 Stunden wöchentlich nicht überschreiten.“

Der Referent Schmidt verwahrt sich mit Recht dagegen, daß den Spinnereien immer noch eine Ausnahmestellung eingeräumt werden soll. Die Arbeit in diesen Fabriken sei durchaus nicht so leicht, wie es häufig hingestellt wird, sie erfordere große Aufmerksamkeit und muß unter einem nervenschütternden Lärm verrichtet werden. Er beantragt, die Spinnereien zu streichen. Dasselbe beantragt v. Kleist-Rehnow. Hize bricht eine Lanze für die Bevorzugung der Spinnereien.

Die Beratung wird hier abgebrochen und dem Präsidenten überlassen, die nächste Sitzung anzuberaumen. Da wegen der Militärdebatte im Plenum und der durch dieselbe nöthig werdenden Fraktions-sitzungen eine Pause von einigen Tagen in den Kommissionsberatungen eintreten muß.

Politische Uebersicht.

Geschäftsplan des Reichstags. Am Dienstag beginnt die zweite Beratung der Militärvorlage, welche mindestens auch noch den Mittwoch in Anspruch nehmen wird. Die Beratung in der Budgetkommission über den Nachtragsetz, betreffend Gehaltsverbesserungen dürfte am Montag zum Abschluß gelangen. Die Forderung für Ostafrika steht schon seit einigen Tagen auf der Tagesordnung zur dritten Beratung. Nach alledem würde es möglich sein, bis spätestens Donnerstag, den 3. Juli, die Vertagung des Reichstags bis zum Herbst herbeizuführen, wenn nicht die Vorlage des Nachtragsetz, die jetzt noch im Bundesrath steckt, sich länger verzögert. Dieser Nachtragsetz betrifft beinahe ausschließlich die Ausführung der Militärvorlage und einige andere neue Positionen.

Je mehr sich das Sozialistengesetz seinem Ende nähert, desto mehr wenden die sächsischen Behörden wieder diejenigen Mittelchen an, mit welchen sie vor Erlaß des Ausnahmegesetzes doch so herrlich wenig erzielt haben. Den Versammlungsverböten auf Grund des Vereinsgesetzes schließen sich jetzt die Ausweisungen an. So wurde am Mittwoch dem Zigarrenarbeiter Beyer, der wegen eines Flugblattes seine geschnittenen Gesangsblätter seit kurzem veräußert hat, mitgetheilt, daß er die Stadt binnen drei Tagen zu verlassen habe. Bei dieser Gelegenheit wurde ihm auch wieder das „Formular 22“, das als längst abgeschafft galt, eingehändigt. Dieser gedruckte Zettel, der den Ausgewiesenen eingehändigt wird, verwarnt dieselben vor „zweck- und obdachlosen Umhertreiben, vor Einschleichen, sowie unbefugtem Nächtigen in fremden Räumen und vor Wöllerei“. Auch der von Dresden ausgewiesene Reichstagsabgeordnete, unser jetzt verorteter Freund Max Kaiser, erhielt seiner Zeit das „Formular 22“, und es kam aus diesem Anlasse selbst im Reichstags zur Besprechung. Der sächsische Vertreter beim Bundesrath erntete damals nichts weniger als Lorbeeren. Wenn die Behörden trotz der damaligen Debatten und trotzdem noch niemals ein ausgewiesener Sozialist zum Stromer geworden ist, dieses Formular immer wieder der Sozialdemokraten verabreicht, so ist das ein treffendes Zeichen der Achtung vor der Volksover-tretung.

Der Rücktritt des Finanzministers von Scholz sieht, wie die Abendblätter übereinstimmend melden, unmittelbar bevor. In seine Stelle kommt irgend ein nationalliberaler Abgeordneter, der die bevorstehenden großen Steuerbelastungen dem Volke mündgerecht machen soll.

Eine Entschädigung für Annahme der Militärvorlage verlangt die „Köln. Volksztg.“ im Neffort des Kultusministeriums. Es könne ein verhängnisvoller Rückschlag in der Zentrumspartei nicht ausbleiben, wenn die Uebergangung Boden gönne, daß namentlich im Gebiet von Kirche und Schule alles beim Alten bleiben solle. — Danach würde also die Annahme der Militärvorlage seitens der Zentrumspartei sich als Vorschusszahlung auf Konzeptionen der Regierung im Gebiete des Schul- und Kirchenwesens hinstellen.

Tag für Tag fast bettelt Fürst Bismarck in den „Hamb. Nachr.“ um ein Reichstagsmandat. Eben jetzt läßt er absehlich der Bilanz in Prenzlau-Angermünde erklären, daß er ein Reichstagsmandat nur akzeptiren würde, weil er voraussetze, auf Grund seiner Prinzipien und Anschauungen die neue Regierung unterstützen zu können. Nur in einzelnen Fragen würde er eine abweichende Meinung äußern, wenn ihm dies nothwendig und nützlich erscheinen sollte. — Aber was hilft dies alles. Minister Herrrich will seinen früheren Chef nicht in Berlin wiedersehen, meint die „Freis. Ztg.“ Die Kartellparteien, die Fürst Bismarck alles verdanken, wollen es erst recht nicht. Jeder beliebige Landrath ist ihnen als Reichstagsabgeordneter lieber als der viel gefeierte Fürst Bismarck. Will sich denn in Prenzlau-Angermünde nicht wenigstens eine kleine Schar von Bismarckgetreuen des Reichstags wenigstens als Zahlkandidaten erbarmen?

Die Helgoländer scheinen über ihre Vereinigung mit Deutschland nicht sonderlich erbaud zu sein. Nach einem Telegramm der Hamburger „Reform“ empfangen sie am Freitag Nachmittag den aus London zurückkehrenden englischen Gouverneur in demokratischer Weise mit Kanonensalutschüssen und unter Absingung der Nationalhymne. Schiffe und Häuser hatten gesalutet. Derselbe Korrespondent meldet auch, die Uebergabe Helgolands würde voraussichtlich im Oktober stattfinden. Die Helgoländer wünschen nicht zu Schleswig geschlagen zu werden, sondern selbstständig zu werden.

Der Erlaß an die Hamburger Armenpfleger, betr. die Streikenden, hat in der Presse, sogar in der „Köln. Ztg.“, eine derartige Kritik erfahren, daß nun auf einmal Niemand Urheber derselben sein möchte. In den „Hamb. Nachr.“ ist jetzt folgende, jedenfalls von „Oben“ inspirirte Erklärung: „Es ist durchaus unrichtig, daß die fragliche Maßregel vom Senat ausgegangen ist. Es ist vielmehr eine Anordnung, welche die Armenverwaltung innerhalb ihrer Zuständigkeit selbstständig zur Instruktion ihrer Organe getroffen hat. Auch geht der Inhalt der Anordnung nicht etwa dahin, daß eventuell gegen jeden Streiker, dessen Familie durch sein Streiken dem Armenwesen und den Staatskosten zur Last fällt, vorzugehen sei, sondern nur dahin, daß ein Streikender, der muthwillig seinen Erwerb von sich weist, sich um irgend einen anderen Erwerb nicht kümmert, sondern sich geistlich dem Müßiggang hingiebt und dem Staat seine Familie zum Unterhalt aufzubet, nach § 361, 5 zu verfolgen sei. Die Armenverwaltung hat nichts weiter gethan, als innerhalb ihrer Zuständigkeit die Aufmerksamkeit der Polizeibehörde auf ein solches Verhalten zu richten. Findet die Polizeibehörde nach näherer Ermittlung des einzelnen Falles denselben geeignet, zur Erwidrigung der Staatsanwaltschaft gebracht zu werden, so steht letzterer wiederum das Ermessen zu, ob die Sache mit Bezug auf § 361, 5 St.-G.-B. geeignet findet, dem Gerichte vorgelegt zu werden oder nicht. Daß hierin eine Verschiebung der Grenzen der gesetzgebenden und richterlichen Gewalt liegt, ist nicht zuzugeben. Wie manche Paragraphen des St.-G.-B. sind in ihrer Anwendung auf den einzelnen Fall selbstständig, so daß der Staatsanwalt und das Gericht ihre Auslegung und Auslegung des Gesetzes nothwendig geltend machen müssen. Es möchte doch mindestens zweifelhaft sein, ob nicht der § 361 auf einen Streiker, der geistlich und frivol faulenzet mit dem Gedanken, der Staat soll die Sorge für seine Familie übernehmen, anzuwenden. Er handelt dolo, der Müßiggänger aus Döllerei nur schwach und fahrlässig.“ Hierzu bemerkt das „Hamb. Echo“, daß in der Deputation für das Armenwesen Senator von Welle, das im Armenkollegium selbst die Senatoren Hackmann und Schemmann sizen, und daß es sehr unwahrscheinlich ist, daß eine derartige prinzipiell wichtige Anordnung ohne Wissen oder Mitwirkung dieser Senatoren getroffen worden. Daß die „Nachrichten“ oder vielmehr diejenigen, welche diese Erklärung veranlaßten, die Streikenden für Müßiggänger halten und sie auf eine tiefere Moralklasse stellen, als Trunkenbolde, entspricht ganz der Anschauungsweise dieser Kreise. Eine durch den Trunk verkommene Verdorren, heißt ja keine Widerstandskraft, ist ein gefügiges und leicht zu befriedigendes Werkzeug des Kapitalismus, also diesem sehr angenehm; die Hamburger Arbeiter aber sind unbengsam in Wahrung und Erlämpfung ihrer Rechte, also unbegreiflich und von der positivwichtigen Bourgeoisie gehaßt. — Auf die juristischen Deduktionen der Erklärung einzugehen, verlohnt sich nicht. Recht haben die „Nachrichten“ allerdings in dem Maße, daß Staatsanwalt und Gerichte ihre Auslegung der Gesetzesparagraphen geltend machen. Davon haben wir in Hamburg schon Proben gehabt.

Als unbefugtes Kollektiren erkannte das Kammergericht in einer am Donnerstag gefällten Entscheidung das Einsammeln eines in seiner Höhe beliebigen Eintrittsgeldes ohne besondere Genehmigung bei dem Besuch einer Versammlung. Es handelt sich um die Einberufung einer öffentlichen Schuhmacher-Versammlung in Köln, welche von den Erschienenen ein dem Belieben anheimgefallenes Eintrittsgeld eingesammelt hatten, und deswegen, da sie die Erlaubniß des Oberpräsidenten nicht eingeholt hatten, resp. unbefugtes Kollektiren in erster Instanz verurtheilt, vom Berufsrichter aber, der ein derartiges Einsammeln nicht als unter den Begriff einer Kollekte fallend erachtete, freigesprochen worden waren. Die Staatsanwaltschaft legte hiergegen Revision ein, worauf sich das Kammergericht der Ansicht des ersten Richters

in der Absicht, ihn später abzuholen, damit er seinen Onkel und seine Tante umarmte.

Der Leichenwagen wollte noch immer nicht kommen und Denise, sehr bewegt, blickte auf die brennenden Wachskerzen, als sie bei dem Klang einer hinter ihr vernehmbaren Stimme zusammenfuhr. Es war Bourras. Er rief durch einen Winkel einen gegenüberstehenden Kastanienhändler herbei und sagte ihm:

— Ich bitte Sie, mein lieber Vigourenz, thun Sie mir den Gefallen, auf meine Bontik aufzupassen, die ich einen Augenblick schließen will. Wenn Jemand kommen will, sagen Sie ihm, daß er später kommen möchte. Das wird Ihnen nicht viele Mühe verursachen, denn es wird wohl schwerlich Jemand kommen.

Dann stellte er sich unter die Uebrigen und wartete. — Ha, die Glenden, brummte er, sie wollen nicht einmal, daß man sie wegführe!

Er sagte dies, weil der Leichenwagen, der endlich ankam, vor dem „Glück der Damen“ mit einem Wagen des Hauses zusammenstieß, der in dem prächtigen Trab seiner beiden Pferde sich eben in Bewegung setzte.

Der Leichenwagen setzte sich langsam in Bewegung; als derselbe mit dem weisdrapirten Lauge über den Gailloisplatz fuhr, verjenkten die Leidtragenden noch einmal ihre Blicke hinter die Auslagsscheiben dieses großen Magazins. Baudou folgte dem Wagen mit einem schweren und mechanischen Gang; er hatte den Arm Jeans abgelehnt, der neben ihm ging. Nach den Leidtragenden folgten drei Trauervagen. Als man durch die Rue Neuve des petis champs kam, schloß sich Robineau, der sehr bleich und gealtert aussah, dem Zuge an.

In der Kirche zu Saint Rochus warteten viele Leute, die kleinen Krämerinnen des Stadtviertels, welche sich nicht in das Gedränge vor dem Sterbehause mengen wollten. Die Demonstration ward schier zum Aufruhr und als nach dem Todenannt der Leichenzug sich wieder in Bewegung setzten, folgten denselben abermals die Männer, obwohl es ein weiter Weg war bis zum Kirchhof auf dem Montmartre. Man mußte durch die Rue Saint-Roch und ein zweites Mal vor dem „Glück der Damen“ vorbei kommen. Es

war gleichsam ein Bann, es war, als würde die Leiche des Mädchens um das ganze Magazin herumgeführt werden, wie das erste Opfer, welches zur Zeit einer Revolution unter den Kugeln fällt.

Denise, von unendlicher Trauer erfüllt, bestieg einen Wagen, weil sie nicht mehr weiter gehen konnte. In der Rue du Dig Decembre vor den Gerästen der neuen Fagade, mußte man still halten; hier stockte der Verkehr. Das Mädchen blickte zum Wagenhals hin und sah Bourras mit seinem schlechten Weine hinter ihrem Wagen einherhinken. Der arme Alte wird ja niemals den Friedhof erreichen. Er erhob jetzt den Kopf und blickte sie an. Dann stieg er ein.

— Die verdammten Knieen, sagte er, ich komme nicht vorwärts, bleiben Sie nur, Sie brauchen nicht weiter zu rücken.

Sie fand ihn freundschaftlich und wüthend zugleich, ganz wie ehemals. Er brummte und sagte, der verzeufelte Baudou sei ein gar kräftiger Mensch, wenn er nach solchen Schlägen, die er empfangen, noch zu Fuß gehen könne. Der Leichenzug hatte sich wieder langsam in Gang gesetzt und als sie hinausblickte, sah sie in der That den Onkel hinter dem Leichenwagen in schwerem Gang einher-schreiten. Sie lehnte sich nun in die Ecke zurück und hörte das Gebrumme des Alten an, während des endlosen Schüttelns des Wagens.

— Wie kommt es nur, daß die Polizei den Verkehr nicht frei macht? Seit mehr als 18 Monaten verstopfen sie uns den Weg mit ihrer Fagade, wo neulich wieder ein Mensch ums Leben gekommen ist. . . . Wenn diese Leute sich noch weiter ausbreiten wollen, so werden sie über die Straßen hinweg Brücken bauen müssen. . . . Man erzählt sich, daß es 2700 Angestellte im Hause giebt, und daß im letzten Jahre hundert Millionen umgesetzt wurden. . . . 100 Millionen, du lieber Gott, 100 Millionen!

Denise hatte nichts zu sagen. Der Leichenzug hatte die Chaussee d'Antin erreicht, wo er durch das Gewühl aufgehalten wurde.

Bourras fuhr in seinem Gejammer fort. Er begriff

noch immer nicht den Triumph des „Glücks der Damen“, obgleich er den Niedergang des alten Handels eingestand.

— Auch der Robineau ist weg, er sieht aus, wie ein Mann, der ins Wasser springen will und die Bedorres und die Banpouille halten sich kaum mehr aufrecht, sie wackeln ganz so wie ich. Deligniere wird eines Tages vom Schläge gerührt werden, Picot und Rivoire sind von der Gelbsucht ergriffen. Ach, es ist ein Haufen Trümmer, welcher dem armen Kinde das letzte Geleite giebt. Es muß ein lustiger Anblick sein, dieses Desile von Bankrott-Kandidaten. Diese Schurken errichten jetzt sogar Abtheilungen für Blumen, Modeartikel, Parfümerie, Beschuhung, was weiß ich. Croguet, der Parfümerer der Rue de Grammont kann ausziehen und für das Schuhgeschäft Rand in der Rue d'Antin gebe ich keine 10 Francs. Die Suche reicht bis in die Rue Saint-Anne, wo Jacassagnac, welcher Blumen und Federn führt und Madame Chadenil, deren Güte in ganz Paris bekannt sind, sicherlich weggejagt werden. . . . Und nach diesen kommen Andere, immer Neue und Neue, alle Geschäfte des ganzen Stadtviertels werden zu Grunde gehen. . . . Wenn solche Eilenritter einmal anfangen, Seifen und Galoschen zu verkaufen, so können sie auch den Ehrgeiz besitzen, gebratene Kartoffeln zu verkaufen. Meiner Treu, die ganze Erde kracht in ihren Fugen.

Der Zug kam jetzt über den Dreifaltigkeitsplatz und von ihrem dunklen Winkel aus, in welchen Denise sich zurückgelehnt hatte, während sie das Gejammer des Alten anhörte, konnte sie jetzt den Leichenwagen sehen, welcher den Abgang der Rue blanche hinaufkam. Hinter dem Heim, der stumm einberging, marschirte diese ganze Menge, und es war, als würde eine dem Tode geweihte Herde zur Schlachtdank geführt werden.

— Ich, meinerseits weiß, was ich thun werde, fuhr Bourras fort. Ich habe ihn noch immer in meiner Faust und werde ihn nicht loslassen. In der Appellation hat er den Prozeß verloren. Ha, es hat mich zwei Jahre gekostet und Geld genug, aber das thut nichts, über meine Bontik wird er nicht hinweggehen. Die Richter haben entschieden, daß eine solche Arbeit nicht den Charakter einer Reparatur habe. Man stelle sich vor: er hatte die Idee, unter

anschoß und jeden der Angellagten zu einer Mark Geldstrafe verurtheilte.

Der Verbandstag weisfälliger Schuhmacher-Innungen hat eine Petition an den Reichstag beschlossen, daß eine allgemeine Maschinensteuer für den mechanischen Fabrikbetrieb eingeführt und der Ertrag dieser Steuer den einzelnen Bundesstaaten mit der Bestimmung überwiesen werde, denselben zur Entlastung des Kleinbetriebes durch Aushebung der Gewerbe- resp. Erwerbsteuer zu verwenden.

Man sollte es kaum für möglich halten, daß unsere Klein-gewerbetreibenden im Ernste noch glauben können, ihnen sei durch solche Kleinliche und engherzige Mittelchen zu helfen. Vielleicht kommen sie noch einmal auf die geniale Idee, die Anwendung der Maschinen verboten zu wollen.

Im Wahlkreis Preusslan-Angermünde ist von den Sozialdemokraten Genosse Wilberger Berlin aufgestellt worden. Wrieten, den 18. Juni. Am 12. er. spielte sich vor dem hiesigen Schöffengericht der erste politische Prozeß ab. Ein Herr v. Jena hatte durch das Obergericht Kreisblatt die Sozialdemokraten des Kreises herausgefordert, denn er hatte sie des Hochverrats beschuldigt. Herr A. Salomon richtete sofort an den Autor dieses Schriftstückes einen Brief, in welchem er in diesen Worten dem Herrn v. Jena den Kopf wusch. In diesem Briefe wurden ihm vier Beleidigungen gefunden. Eine Wider-lage lehnte der Gerichtshof ab, nur Herr Salomon wurde für die Beleidigungen zu drei Tagen Haft verurtheilt. Der Gerichtshof glaubte von einer Geldstrafe absehen zu müssen, weil diese die Partei bezahle und somit der Beklagte nicht getroffen werde. Eins jener Urtheile, wie sie in letzter Zeit so häufig ausgesprochen worden sind.

Ein nobler Betrüger. Macht da jüngst in Jülich ein Mensch in Betrügeleien. Nicht mit Kleinigkeiten gab er sich ab, das wäre zu plebejisch gewesen, seine Betrügeleien gingen hoch in die Tausende. Man liest man in der „Allg. Schw. Ztg.“: Der Schaden, welcher durch die Betrügeleien des Herrn Dr. Wührmann angerichtet wurde, soll laut „A. Z. Ztg.“ gedekt sein. Die letztere zu erfahren, wird natürlich Jedermann Freude bereiten und bei der Steueraushebung in günstige Anrechnung kommen. Was uns aber bei dieser Notiz interessirte und gaudirt, bemerkt ein Schweizer Arbeiterblatt treffend, ist die ganze Behandlung des Herrn Betrügers durch die christlich fromme „Allg. Schweizer Ztg.“ Stiebt aber betrügt ein armer Teufel ein paar Fränk-lein, — vielleicht nur aus purer Noth, so wird das arme Menschenkind zum Hochmuth der Menschheit geworfen; die Schale des Horns und der Verachtung wird über ihn ausgeschüttet. Oder hat man je in der „Allg. Schw. Ztg.“ eine Notiz gefunden etwa des Inhalts: „Herr F. A. hat seinen Prinzipal um 5 Fr. betrogen“? — Gewiß nicht. Aber betrüge um 50 000 Fr. und die „Allg. Schw. Ztg.“ nennt dich: Herr Betrüger. Es fällt hier nicht ins Gewicht, daß obiger Dr. W. ein Hauptgemüth des „Jülicher Stadtboten“ von dem bekannten Althofen ist. Nein, nein, so groß auch die Theilnahme der „Allg. Schw. Ztg.“ wegen lehrreicher Eigenschaften des Dr. W. für denselben ist, das allein hätte nicht hingereicht, ihn zu einem Herrn Betrüger zu machen; seine Groß-artigkeit im Betrügen verhofft sich ihm bei der „Allg. Schw. Ztg.“ die Respektabilität. Das ist für uns Sozialdemokraten jedenfalls sehr lehrreich und für diesen uns gestatteten Einblick in ihre christlich-konervative Anschauung müssen wir den Herren der „Allg. Schw. Ztg.“ nur dankbar sein.

Zu Sachsen schreibt man uns: Die sächsischen Kartell-brüder zeichnen sich vor denen des übrigen Deutschland durch zwei Eigenschaften aus: erstens haben sie die lautesten Stimmen, wenn es gilt: Wir fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt! in die Welt hinauszuherrchen; und zweitens sind sie die größten Hafsäuser. Derjenige sächsische Kartell-brüder, bei dem diese zwei Eigenschaften aber in vollendetster Weise zur Entwicklung gelangt ist, ist der Freiherr von Friesen, Vorsitzender des konservativen Vereins und wohlbestallter Reichstags-Abgeordneter. Als Vorsitzender des konservativen, ganz Sachsen umspannenden Vereins, der jedoch die Schlingen und Fesseln des sächsischen Vereins-gesetzes nicht zu fürchten braucht, hat dieser Müllerkartellbrüder jüngst einen Aufruf erlassen, in welchem er mit der Phantasie eines jesuitischen Missionärsbrüders die Schrecknisse ausmalt, die über das unglückliche Deutschland im Allgemeinen und das arme Blümchen-Kasselerland im Besonderen hereinbrechen werden, wenn die Gorden der ausgewiesenen Sozialisten sich nach Leipzig zurück ergießen und das Sozialistengesetz seine schirmenden Fittiche nicht länger über die zitternden Reichskleinlein hält, die von dem furchtbaren Stöckhabsicht Sozialdemokratie bedroht sind. Die Sündfluth kommt — die allemeine Auflösung — der allgemeine Umsturz.

Alles ist verloren. Nur eine Möglichkeit der Rettung besteht: die zitternden Reichskleinlein schließen sich zu einem großen, großen — ich hätte bald gesagt: drei, nein — Klumpen zusammen, zu einem Klumpen so groß, daß er von dem Stöckhabsicht nicht verschluckt werden kann — welches entsetz-

meiner Boutik einen beleuchteten Salon zu errichten, damit Jedermann in der Lage sei, die Farbe der Stoffe bei Gaslicht zu beurtheilen; durch diesen unter-irdischen beleuchteten Salon wollte er die Abtheilungen für Wirkwaren und für Tuch verbinden. Und nun kommt er aus der Wuth nicht heraus, er kann den Gedanken nicht verwinden, daß ein alter Juvalide, wie ich, ihm den Weg verstopft, während die ganze Welt vor seinem Gelde auf den Knien liegt. Nun ich will nicht, niemals. Möglich, daß ich auf dem Plage bleibe. Seitdem ich mit den Huissiers zu thun habe, erfahre ich, daß der Lumpenkerl meinen Schulden nachgeht. Ohne Zweifel will er mir irgend einen bösen Streich spielen. Aber das thut nichts, er sagt: ja, ich sage: nein und werde nein sagen, bis man mich zwischen vier Bretter einnagelt wie die Meise, die man jetzt hinausführt.

Auf dem Boulevard de Clichy angekommen, rollte der Wagen etwas rascher; man merkte die Hast des Juges, welcher ein Ende machen wollte. Was Mourras nicht eingestehen wollte, das war das schwarze Kleid, in welches er versunken war, die ewige Sorge unter dem Hagel von Wechselprotesten. Denise, welche die Situation genau kannte, brach endlich das Stillschweigen, indem sie in bitterem Tone sagte:

— Herr Mourras, spielen Sie nicht länger den eigen-sinnigen, bösen Menschen. Lassen Sie mich die Dinge arrangiren.

Er unterbrach sie mit einer heftigen Geberde: — Schweigen Sie, rief er, das geht Niemandem etwas an. Sie sind ein gutes Mädchen, ich weiß, daß Sie ihm das Leben schwer machen, diesem Mann, welcher glaubte, daß er Sie kaufen könne, wie er mir Hans kaufen zu können glaubte. Aber was würden Sie mir antworten, wenn ich Ihnen raten würde, ja zu sagen? Sie würden mich spazieren schicken, nicht wahr? Nun denn, wenn ich nein sage, so mängen Sie sich nicht in die Geschichte.

Und da der Leichenwagen mittlerweile vor dem Kirch-hof angelangt war, verließ er mit dem Mädchen den Wagen. (Fortsetzung folgt.)

liche Schicksal den vereinigten Reichskleinlein unzweifelhaft zu Theil wurde. Die Reichskleinlein müssen sich rüsten, müssen wachsam sein — denn der böse Feind wagt —, sie müssen sich organisiren, Vereine gründen, Versammlungen halten — aber Alles hübsch hinter verschlossenen Thüren.

Genug — wenn unser freiberliche Angstmeier die sächsischen Kartellbrüder retten muß, dann sind sie verloren. Und sie sind's!

Dieser Freiherr von Friesen ist heilkräftig derselbe junkerliche Petrefakt, das in seinem Wahlaufzug dem Reichstag bloß eine beratende Stimme geben, und die deutsche Volksvertretung also auf das Niveau des russischen Senats herab-drücken wollte. Und daß er seitdem nichts gelernt hat, dafür bürgt sein neuester Aufruf, dessen Bedeutung bloß eine symptomatische ist. Folgen wird er ja nicht haben.

Uebrigens auch in unseren Regierungskreisen sieht man noch immer dem 1. Oktober mit tiefsten Besorgnissen entgegen. Es ist wirklich merkwürdig, welche Veränderungen in Menschen vor sich gehen können. Bis zum Jahre 1881 dachte kein Polizei-, Justiz- und Regierungsbeamter in ganz Sachsen daran, daß der „kleine Belagerungsstand“ notwendig sei, und heute erscheint ihnen der „kleine“ als der Steden und Stab, ohne den sie sich und den Staat nicht auf den Beinen halten können. Die Furcht ist zwar sprich-wörtlich ein schlechter Rathgeber, dafür ist sie aber ein um so härterer. — Wen sie einmal gepackt hat, den hält sie mit tausend Armen umfaßt und läßt ihn so leicht nicht wieder los. —

Frankreich.

Paris, 21. Juni. Deputirtenkammer. Der Bericht über die Petitionen der Inhaber von Panamakanal-Aktien und Obligationen schließt mit dem Antrage, die Petitionen dem Minister zu überweisen. Le Provost de Launay meint, man müsse Licht in diese Sache bringen, namentlich im Interesse der kleinen Leute, welche ihre Ersparnisse in dem Unternehmen angelegt hätten. Gauthier befürwortet den Antrag des Berichtes, da die öffentlichen Gewalten der Panama-Angelegenheit nicht gleichgültig gegenüberstehen dürften. Justizminister Fallières erwidert, die öffentlichen Gewalten hätten sich niemals mit diesem Unternehmen solidarisch erklärt, doch sei die Regierung bei dem hereingebrochenen Unglück nicht theilnahmslos geblieben. In einigen Tagen würde der Liquidator in der Lage sein, einen Bericht über den Stand der ganzen Sache vorzulegen. Wenn sich herausstellen sollte, daß Personen zur Verantwortung zu ziehen seien, so würde er (der Minister) gegebenen Falles einschreiten. Außerdem akzeptirt die Regierung die Uebersetzung der Petitionen, ohne daß jedoch dadurch der Regierung irgend eine Verantwortlichkeit zuzufallen. Die Kammer nahm hierzu mit großer Majorität die Zuweisung der Petitionen an den Justizminister an.

Deloncle richtet an die Regierung eine Anfrage über die durch den deutsch-englischen Vertrag in Sanftbar hergestellte Lage und bemerkt, daß die von England und Frankreich im Jahre 1892 unterzeichnete Erklärung nicht aufgehört habe, in Kraft zu sein. Seitens Frankreichs sei nichts gekonnt, nichts gesagt worden, was glauben machen könne, daß es den Forderungen dieser Erklärung entsage. England dürfe dieselben also nicht verletzen und, bevor es das Protektorat über Sanftbar übernehme, müsse es die Zustimmung Frankreichs einholen. Der Minister des Auswärtigen Ribot antwortete, auf der Kongo-Konferenz in Berlin habe sich jede Macht verpflichtet, den anderen Staaten davon Mitteilung zu machen, wenn sie ein Protektorat in Afrika übernehmen wolle. England werde diese Verpflichtung um so weniger verletzen, als es das Uebereinkommen von 1892 unterzeichnet habe, durch welches es sich verpflichtet habe, die Unabhängigkeit Sanftbars zu achten. England dürte also nichts in dieser Hinsicht unternehmen ohne vorher erzieltes Einverständnis mit Frankreich. Die Regierung habe keine be-zügliche Mitteilung seitens Englands erhalten, mit dem sie unter vollständiger Wahrung ihrer Rechte die besten Beziehungen aufrecht zu erhalten wünsche. Im Uebrigen könne man nicht durch Erklärungen von der Rednertribüne herab mit einer Macht in Unterhandlung treten. (Beifall.) Deloncle dankte dem Minister für seine Mittheilungen.

Belgien.

Brüssel, 21. Juni. Die liberale Association von Gent veröffentlichte soeben ein Manifest, durch welches über die Pro-gressisten insolge ihres mit den Sozialisten abgeschlossenen Bündnisses der Anschluss verlangt und worin die sozialistische Partei als zu Unordnung und zur Anarchie führend (1) bezeichnet wird. Inzwischen veranlassen die Progressisten gemeinsam mit den Sozialisten mehrere neue Volksversammlungen wegen der Frage des allgemeinen Wahlrechts. Die vorausgehende Spal-tung unter den Liberalen ist somit Thatsache geworden.

Spanien.

Madrid, 22. Juni. Die Deputirtenkammer genehmigte ein Amendement zu dem Budget, durch welches die Regierung er-mächtigt wird, die Posttaxe zu revidiren, je nachdem die Inter-essen des Landes solche wünschenswerth erscheinen lassen. Nach einer Meldung aus dem Dorfe Escorial in der Provinz Valencia sollen dort ebenfalls fünf Cholerafälle vorgekommen sein, von denen einer tödtlich verlief.

Madrid, 23. Juni. Seit den letzten telegraphischen Nach-richten sind in Puebla de Sagat eine Erkrankung und ein Todes-fall, in Montichelvo 2 Erkrankungen und ein Todesfall und in Benigamin weder Todesfälle noch Erkrankungen vorgekommen.

Die technische Kommission, die nach Malaga geschickt worden, erklärt, daß die Krankheit, die verdächtig erscheint, nur Infektions-fieber war, daß kein Grund zur Annahme vorliegt, es sei das gelbe Fieber, und daß, da keine Erkrankungen weiter stattge-funden, eine Isolirung des Krankenbaues nicht nöthig sei.

Aus Moratalla (Provinz Murcia) werden mehrere bedenkliche Erkrankungen gemeldet. — In Catalonien sind zahlreiche Fabriken in Folge Arbeitseinstellungen geschlossen worden. Gegen 10 000 Arbeiter sind ohne Beschäftigung.

Rußland.

Der Gouverneur von Wologda hat die Verfasserin des viel besprochenen offenen Schreibens an den Zaren, Frau Scheritowa, in Jarensk, einem kleinen, ungefähr 1000 Ein-wohner zählenden, am Flusse Varenka im Nordosten des Sou-vernements liegenden Orte, internirt. Das Städtchen ist 1200 Werst von Wostok und 1500 von St. Petersburg entfernt. Seit einiger Zeit ist die kleine Strafkolonie, welche früher in Schenkursk bestand, dorthin verlegt worden. Die Strafkolonie in Jarensk zählt außer Frau Scheritowa 15 andere Gefangene. Dieselben gehören zu der sogenannten „privilegirten Klasse“ und erhalten 8 bis 15 Rubel monatlich für ihren Unterhalt. Tele-graphische Verbindung mit der Außenwelt giebt es in Jarensk nicht, selbst keine Post.

Amerika.

New-York, 22. Juni. Nach einer Meldung des „New-York Herald“ aus Neu-Fundland hat bei Vort a Port zwischen etwa 200 französischen und neuseeländischen Fischern ein thät-licher Zusammenstoß stattgefunden, bei welchem auf beiden Seiten zahlreiche Personen verletzt wurden. Die französischen Fischer, welche in der Minderheit waren, wurden genöthigt, sich zurück-zuziehen.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages ist in ihrer gestrigen Vormittags-sitzung mit der Beratung des Nachtragsbudgets bezüglich der Beamtengehälter fertig geworden.

Nachdem für die Beamten der Reichs-Eisenbahn-Verwaltung die beantragte Erhöhung beschlossen war, ging man dazu über, die beantragte Erhöhung der Tagelöhner für die diätarisch be-schäftigten Hilfsarbeiter zu diskutieren.

Dazu beantragte Singer, den Betrag von ca. 1 1/2 Mill. mehr einzustellen und halt, wie die Regierung wünscht, Zulagen von 5 und 10 pSt., solche von 7 1/2 und 15 pSt. zu gewähren.

Singer führte aus, daß bei den niedrigen Diätenfäden, die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung, dem eingetretenen Bedürfnis, der Steigerung aller Lebensverhältnisse gegenüber nicht ausreicht, um die Unzufriedenheit weiter Kreise zu beseitigen.

Regierungsseitig sowie von den Vertretern der übrigen Parteien wurde der Antrag Singers belächelt, namentlich be-tonte der Chef der Reichspost, daß durch das Bekanntwerden des Antrages und dessen vermuthliche Ablehnung Unzufriedenheit in den theilnehmenden Kreisen erzeugt werde.

Singer antwortete darauf, daß die Kommission ihn um diesen Erfolg sehr leicht dadurch bringen könne, daß dieselbe seinen Antrag annehme und den Diätaren und Hilfsbeamten die Gelegenheit nehme, mit den Beschlüssen unzufrieden zu sein.

Der Antrag, welcher die Zulage für die Hilfs-Unterbeamten erhöhen wollte, wurde hierauf gegen die Stimme des Antrag-stellers abgelehnt.

Nachdem noch für das Etatsjahr 1890-91 der Betrag von 640 000 Mark für Stellenzulagen eingesetzt war, ging die Kommission auf die Beratung einiger Resolutionen ein.

Die Resolution, welche die Regierung auffordert, eine Ver-minderung der diätarischen Stellen durch Vermehrung der staats-mäßigen Stellen herbeizuführen, wurde einstimmig angenommen; ebenso die Resolution, wonach die Regierung aufgefordert wird, Altersstufen einzuführen, damit die Beamten in bestimmten Zwischenräumen in den Genuß eines höheren Gehaltes kommen.

Eine von Singer beantragte Resolution, wonach der Reichstag an den Reichstanzler die Aufforderung richten sollte, dafür Sorge zu tragen, daß vom nächsten Jahr ab auch den pensionirten Be-amten, den Wittwen und Waisen der Beamten, Besätze zu Theil werden, zog der Antragsteller vorläufig zurück, weil durch den Antrag eine Aenderung des Pensionsgesetzes notwendig wird und diese eine besondere gesetzgeberische Aktion erfordert.

Der Abg. Singer kündigt einen Antrag für das Plenum des Reichstages an, um durch eine Aenderung des Pensionsgesetzes es zu ermöglichen, daß auch den in wirtschaftlichem Nothstande befind-lichen pensionirten Beamten, den hinterlassenen Wittwen und Waisen der Beamten, sowie den Wittwinalleiden eine Aufbesserung in dem Umfange der für die im Amt befindlichen Personen beschlossenen Gehaltserhöhung zu Theil werde.

Damit war die Aufgabe der Kommission erledigt, der Abg. v. Strombeck wurde zum Berichterstatter gewählt und mündliche Berichterstattung an das Plenum beschlossen.

Die Wahlprüfungskommission beauftragte in ihrer gestrigen Sitzung die Wahlen der Abgeordneten von Mähly (VII. Württemberg) und Biedenbach (I. Hessen). Im Falle von Mähly will die Kommission Erhebungen über die im Wahlprotokoll behauptete Angabe, daß von dem Vater der v. Mähly'schen Brauerei in Mähly, für den Fall der Wahl seines Herrn, unter Hinweis auf dessen bekannte Splendidiät, Freibier im weitesten Umfange in Aussicht gestellt wurde. Es kam bei Gelegen-heit dieser Entscheidung zu einer sehr interessanten Auseinander-setzung über den Umfang, den die Freibier-Spenden in verschie-denen Gegenden Deutschlands angenommen haben. Unter anderem wurde dabei die Behauptung aufgestellt, daß man in Sachsen das Freibier und ähnliche Beeinflussungen gar nicht kenne, eine Angabe, der gegenüber auf das Champagnergelage in Ebbau gelegentlich der letzten Wahl und auf die Schlepperdienste lebenden Leipziger Studenten verwiesen wurde, welche letztere am Wahltag Abend regelmäßig zu einer Freibiererei geladen werden. — Im Falle Biedenbach gab es Unrecht erfolgte Versammlungs-auslösungen den Anlaß den Kommissionsbeschlus.

Arbeiterbewegung.

Reimscheid, 21. Juni. Die ganze Ruhe und Besonnenheit, das planmäßige Vorgehen der streikenden Feilenhauer, läßt schon jetzt deutlich erkennen, daß ihnen der Sieg werden muß. Sämtliche Streikliste irgend eine Art Beschäftigung, um nicht zu sehr die Feilenhauer in Anspruch zu nehmen, was von sehr großem Vortheile und zu Gunsten des Sieges schwer in die Waagschale fällt. So sind circa 100-120 streikende Feilenhauer in einem nahen gefällten Walde mit Restaurationsarbeiten beschäftigt. Sie, die vor kurzem noch kräftig den Hammer schwingen, gehen jetzt ebenso geschickt mit der Art und dem Beile um. Die noch vor-handenen Burzeln der gefällten Bäume werden mit Stumpf und Stiel ausgerottet, der Boden durchwühlt und alles dem Erdboden gleich gemacht. Im Ganzen ist ein Komplex von 2000 Hektar zu bearbeiten. In je 20 bilden sie eine Kolonne. Ein mit der Schlinge nicht Vertrauter, der vielleicht nur so ober-flächlich mit dem Streik geht her, konnte glauben, die Feilen-hauer befänden sich auf wirklichem Kriegsfuß und wollten Ver-schätzungen aufwerfen.

Jülich, 18. Juni. Die Arbeitseinstellung der hiesigen Postkader endete heute ebenso rasch, wie sie gekommen ist. Die Männer beschwerten sich über ihre Arbeitszeit und nahmen, nach-dem von Seiten der Direktion eine bezügliche Aenderung getroffen war, bis auf vier die Thätigkeit heute wieder auf, wie der „A. Ztg.“ geschrieben wird.

Versammlungen.

Der Verband deutscher Korbmacher (Zentrale Berlin) hielt am 16. Juni seine regelmäßige Mittheilungsversammlung bei Hohl, Wabertstraße, ab. Der angekündigte Vortrag über „Acht-stundentag“ konnte wegen Ausbleibens der Referenten nicht statt-finden. Es wurden an Stelle der abgegangenen Herren Kollege Brüdner als Schriftführer, Kollege Kahl als Vortrager und Kollege Hauschild als Revisor gewählt. Hieraus gelangt ein Antrag zur Annahme, wonach Arbeitgeber, welche dem Verband der Korb-macher (Zentrale Berlin) angehören, nur Gefellen beschäftigen, welche dem Verband der Korbmacher beigetreten. Die Kontrolle bleibt der Lohnkommission überlassen. Alsdann wird der Vorstand ersucht, ein Lokal ausfindig zu machen zur Errichtung einer Her-berge mit Arbeitsnachweis und Bibliothek. Kollege Krüger wird auf die Arbeit, die Stellung der Arbeiter am 1. Mai betreffend, hin. Ein Antrag des Kollegen Hier, eine Tafel für Vereinsangelegenheiten zu beschaffen, wird auf die nächste Tagesordnung gesetzt. Nachdem der Kassirer noch auf die Sammel-listen aufmerksam gemacht, wird die Versammlung geschlossen.

Hausdiener Berlins, aufgestaut! Am Dienstag, den 24. d. Mts., findet bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, 1, eine große öffentliche Versammlung aller Hausdiener Berlins statt. Der Reichstagsabgeordnete Förster-Hamburg wird über die ver-schiedenen Arten der Organisation sprechen. Als zweiter Punkt: Besprechung über den Kongreß in Hannover. Dritter Punkt: Di-n in letzter Zeit vorgekommenen Diebstähle in unseren Berufs-Ver-ein und Folgen für die Kollegenschaft und Stellungnahme zur Zentral-Strahl-Kommission. Hausdiener! eine Tagesordnung, die jeden Einzelnen in die Versammlung treiben muß.

Theater.
 Dienstag, den 24. Juni.
 Opernhaus. Die Hugenotten.
 Schauspielhaus. Die Copisten.
 Berliner Theater. Mein neuer Hut.
 Der Kriessplan.
 Deutsches Theater. Der Pfarrer
 von Kirchfeld.
 Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Der arme Jonathan.
 Wallner-Theater. Ramsell Ni-
 touche.
 Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
 Odeon-Theater. Heinrich Heine.
 Vorher: 1783 Tht. 22 1/2 Sgr.
 Volkalliance-Theater. Der Nau-
 tilus.
 Kroll's Theater. Die Jüdin.
 Kaufmann's Varietés. Große Spe-
 zialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.
 Direktion: C. Andress, Alexander-
 straße 27 c.
 Auftreten d. Niederländerin Frä. Steinow.
 Auftreten des Gesangshumoristen Herrn
 Jonas.
 Auftreten des Komikers, Mimikers und
 Stimmen-Imitators Herrn Gölcke.
 Auftreten der Geschwister Herzog.
 Auftreten des musikalischen Heger-
 Klown Mr. de Dolis.

Stabliement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Grosses Garten-Concert.
 Direktion A. Ködumann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Wochentags 10 Pfg.
Entrée Sonn- und Festtags 25 Pfg.
 Bei ungünstiger Witterung in den
 unteren Restaurationsräumen.
 Großer Frühstück- und Mittagstisch.
 Spezial-Auswahl von Pagenhofer
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 Die oberen Säle bleiben bis auf
 Weiteres wegen Renovierung geschlossen.
 641 **F. Müller.**

Variété-Theater.
 (Hasenheide)
 Hermannstr. 18 - Neue Strasse 18.
 Im herrlichen Garten:
Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
 Im Saale:
BALL.
 Anfang 4 Uhr. Entrée 20 Pf.
 Kinder frei!
 Zu Privatfestlichkeiten halte mein
 Stabliement empfohlen.

Passage 1 Cr. 9 Uhr M. b. 10 Uhr Ab.
Kaiser-Panorama.
 Hervorrag. Schenswürdigk. d. Reichens.
 Eine Wanderung durch Rom.
 Eine bequeme Bahnreise.
 Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.
 Abonnement 1 M.

Rheinländischer Tunnel,
 gen.: „Die Adèle Nagelkiste“,
 Berlin N., Elisenstraße 73,
 gegenüber der Bergstraße.
 Im Lokal photographisches
 Atelier zur Benutzung. - Jeder
 Gast, auch wenn derselbe nur für
 10 Pfennige verkehrt, wird
gratis photographiert
 und erhält sein Bild sofort als
 Gratispräsent. Höchst scharf!
H. Schultz (mit n. z.)
 Einige Keller-Photographie
 der Welt. 1940

Allen Freunden und Genossen zur
 gefälligen Nachricht, daß ich mit dem
 1. Juli eine 2044

Zeitungs-Expedition
 errichten will und bitte mein Unter-
 nehmen gütigst unterstützen zu wollen.
W. Noack,
 Lanfegerstr. 35, Hof im Keller.

Allen Genossen empfehle mein [571
Beiz- und Bairisch-Bier-Lokal.
Emil Koepnick,
 Schillingstr. 30a, Ecke Magazinstraße.

Echten 700
Nordhäuser Korn
 1/2 Fl. excl. 75 Pf.
 Berl. Getreide-Kümmel 90 Pf.
 Ingberliqueur, beste Magenmedizin
 90 Pf.
 Himbeerjast, die eingedocht a Liter
 ertl. 1,25 M.
 Cognac zu Partien empfehlenswert,
 a Fl. v. 1 M. an.
 empfiehlt die Groß-Destillation von
Lettau & Keil, Sophienstr.
 Nr. 12,
 an der Rosenthalerstraße.
 Besichtigung Abends 8 Uhr.
 Sonntags 1 Uhr!

Große öffentliche Versammlung
sämtlicher Hausdiener Berl.
 am Dienstag, den 24. Juni, Abends 9 Uhr,
 in „Feuerstein's Salon“, Alte Jakobstraße 75, 1 Cr.
 Tages-Ordnung:
 1. Die verschiedenen Arten der Organisation. Referent: Reichstags-
 Abgeordneter Förster (Hamburg).
 2. Der Kongress in Hannover.
 3. Die in letzter Zeit vorgekommenen Diebstähle in unserem Berufe,
 ihr Grund und die Folgen für die Kollegenschaft.
 4. Verschiedenes. [2118
 Kollegen! Es ist Pflicht eines jeden Hausdieners, in dieser Versammlung
 zu erscheinen, seit Alle Mann am Platze. **A. Kuhnke, Sebastianstr. 15.**

Große Schneider-Versammlung
 am Dienstag, den 24. Juni cr., Abends 8 1/2 Uhr,
 in „Gratweil's Bierhallen“, Kommandantenstraße 77-79.
 Tages-Ordnung:
 1. Herr Schneidermeister Fasshauer auf dem „Deutschen Innungstag“
 und das Handwerk im 14. Jahrhundert und jetzt.
 2. Die Geschäftspraxis der Firmen Herm. Hoffmann, Schönknecht, Braun
 und vieler Anderer dem Arbeiter gegenüber. [2117
 3. Diskussion.
 Es ist Pflicht aller Schneider, in der Versammlung zu erscheinen.
Die Siebener-Kommission.

Oeffentliche Versammlung
der Parquetbodenleger Berlins und Umgegend
 am Donnerstag, den 26. Juni cr., Abends 8 Uhr,
 in „Feuerstein's Lokal“, Alte Jakobstraße Nr. 75.
 Tages-Ordnung:
 1. Beschlussfassung über die Sperre der Firma Moler Levi (Passauer
 Stab- und Parquetfabrik). [2119
 2. Verschiedenes.
 Es ist Pflicht eines jeden Parquetbodenlegers, in dieser Versammlung
 zu erscheinen. **Die Lohnkommission.**

Versammlung
des Verbandes deutscher Zimmerleute (Sofalverband
 Berlin)
 am Dienstag, den 24. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,
 in „Victoria-Salon“, Perlebergerstraße Nr. 13.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Hrn. Pöns über: „Kapitalistische und sozialistische Moral.“
 2. Verschiedenes und Fragelasten.
 Wir ersuchen alle Zimmerleute, Mann für Mann zu erscheinen.
Der Vorstand.

Fachverein der Tischler.
 Mittwoch, den 25. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,
 in **Joël's** (fr. Keller's) Sälen, Andreasstr. 21:
Ausserordentl. Generalversammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Wie stellen wir uns z. Einführung d. Werkstatt-Vertrauensmänner-Systems?
 2. Verstärkung der Werkstatt-Kontrollkommission eventuell Neukonstituierung
 derselben nach Branchen. [2113
 3. Anträge, Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes und Fragelasten.
 Der wichtigen Tagesordnung wegen sind sämtliche Mitglieder ver-
 pflichtet, zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand.**

Allgem. Metallarbeiter-Verein Berl. u. Umgeg.
 Donnerstag, den 26. Juni cr., Abends 8 Uhr,
 bei Jordan, Neue Grünstraße Nr. 28:
Große beschließende Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion.
 3. Beschlussfassung über ein im August abzuhaltendes Sommer- und ein
 im Dezember abzuhaltendes Stiftungsfest.
 4. Antrag betreffs Ausschließung einiger Mitglieder.
 5. Verschiedenes und Fragelasten. [2125
 Die Kollegen werden dringend ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Achtung Vergolder!
 Die Sperre über die Fabrik von
 E. Rothlow & Co., Köpnickestr. 109a,
 besteht unverändert fort. Alle anstän-
 digen und ehrlieh denkenden Kollegen
 werden ersucht, diese Fabrik nach wie
 vor zu meiden, sowie den Zugang nach
 Niederbreisitz, Wessling und Ottensen
 (Brinkmann) fern zu halten. 2115
 Die Streikkommission der Vergolder.

Verband
deutscher Müllergesellen.
 Mitgliedschaft Berlin.
 Donnerstag, 26. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,
 in Rehtig's Salon, Bergstraße 12:
Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Neuwahl des Vorstandes der Zahl-
 stelle. 2. Diskussion und Verschiedenes.
 3. Aufnahme von Mitgliedern und Ent-
 gegennahme der Beiträge.
 Um vollständiges Erscheinen wird er-
 sucht. Gäste willkommen. [2123
Der Bevollmächtigte.

Central-Kranken-Kasse der
Maurer u. s. w. Grundstein
 zur Einigkeit.
Zahlstelle Charlottenburg.
 Sonntag, 29. Juni, Vorm. 10 Uhr,
 im Kassenlokal Bismarckshöhe:
Gr. Mitglieder-Versammlung.
 Auf der Tagesordnung Vorstandes-
 wahl und mehreres. [2119
 Daß die Versammlungen in dem
 jetzigen Kassenlokal recht zahlreich be-
 sucht werden, erwartet Der Vorstand.

Bruchbänder
 u. f. w. dauerhaft gearbeitet, sowie
 sämtliche Artikel zur Kranken-
 pflege empfiehlt [499
J. Ch. Pollmann,
 30 Linienstraße 30.
 Lieferant f. sämtl. Krankenkassen.

Achtung Vergolder!
 Mittwoch, 25. Juni, Abends 8 Uhr,
 bei Schaeffer, Inselstraße 10:
Große öffentl. Versammlung
 der
Vergolder, Vergolderinnen
 und **Berufsgenossen.**
 Tagesordnung: 1. Arbeiterschutzgesetz.
 Referent: Stadt-Deput. 2. Nichtig-
 keit der Fragebogen. 3. Streit-
 angelegenheit. 4. Verschiedenes.
 Der wichtigen Tagesordnung halber
 ist es Pflicht eines Jeden zu erscheinen.
 2110 **Der Einberufer.**

Jede Uhr zu reparieren (außer
 Uhrwerk) kostet bei mir
1,50 Mark
 unter Garantie des Gut- und Richtig-
 gehens. Kl. Reparaturen entspr. billig.
 Lager aller Arten Uhren, Gold- und
 Silberwaaren. 674
C. Wunsch, Januustr. 38,
 u. d. Oranienplatz.

Rohtabak **A. Goldschmidt,**
 Spanbauerbrücke 6,
 am hiesigen Platze bekanntlich
Grösste Auswahl.
 Garantiert scharf brennende
Tabake.
 Streng reelle Bedienung, billigste
 Preise! Sämtliche im Handel
 befindlichen Rohtabake sind am
 1663 Lager.
A. Goldschmidt, Spanbauerbr. 6,
 am Lade'schen Markt.

Möbel, Spiegel und
Polsterwaaren.
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnenstraße 29, Hof parterre.
 Theilzahlung nach Vereinbarung.

Teppiche mit Webefehlern
 jed. Art u. Größe, Portieren, Gardinen,
 Tischdecken, Kissenstoffe, Steppdecken
 unterm Kostenpreis. Einzel-Verkauf
 Teppichweberei **Zimmerstr. 86,**
 Hof part. 853

Große Versammlung
des Vereins gewerblicher Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend
 am Mittwoch, den 25. Juni cr., Abends 8 1/2 Uhr,
 in Renz' Salon, Naunynstraße No. 27.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über: „Kampf um's Dasein
 in der Volkswirtschaft.“ [2124
 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Arbeitsnachweis-Kommission.
 4. Verschiedenes und Fragelasten.
 Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht. Jeder Arbeiter als Gast willkommen.
 NB. Der Arbeitsnachweis des Vereins befindet sich Staligerstraße 18
 bei R. Niemtschek, Wochentags von 8 1/2-9 1/2 Uhr Abends, Sonntags
 von 9 1/2-11 Uhr Vorm. Für Mitglieder unentgeltlich, für Nichtmitglieder 10 Pfg.
 Auch werden daselbst Mitglieder aufgenommen und Beiträge entgegengenommen.

Große öffentliche Versammlung
der Lohgerber und Lederzurichter Berlins sowie der
in dieser Branche beschäftigten Arbeiter
 am Mittwoch, den 25. d. M., Abds. 8 Uhr, bei Jul. Kaase, Gr. Frankfurterstr. 117.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Schumacher. [2111
 2. Bericht über den Streik der Lohgerber in Elmshorn. Refer.: Kopas.
 3. Die stellen wir uns zur Zentral-Streit-Kontrollkommission?
 4. Diskussion. 5. Verschiedenes. **J. A.: J. Otto.**

Grosse Versammlung
der Vereinigung der Schmiede Deutschlands
 (Zahlstelle Berlin)
 am Dienstag, den 24. d. M., Abds. 8 Uhr, im Wedding-Park, Müllerstr. 178.
 Tages-Ordnung:
 1. Die moderne Produktionsweise und die Lage der Arbeiter. Referent:
 Herr G. Link. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Maschinenbau. 4. Ausnahme
 neuer Mitglieder. 5. Verschiedenes und Fragelasten. [2116
 Der hochwichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines Jeden, in
 dieser Versammlung zu erscheinen. **Der Einberufer.**

Grosse Versammlung
des sozialdemokratischen Wahlvereins f. Leltow-Charlottenburg
 am Dienstag, den 24. Juni, Abends 8 Uhr,
 im Lokale Bismarckshöhe (Charlottenburg), Bismarckstr. 80.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Hrn. Reichstags-Abg. Wurm über: „Arbeiterschutzgesetz.“
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes.
 Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

H. Guttmann, empfiehlt Vereinsstempel, Quittungstempel
 9. Brunnenstraße 9, Medaillenkstempel mit Vassale, Nebel, Lieb-
 necht u. a. m. zu ermäß. Preis. Monogramme-
 Schablonen, Thürschilder, Gravierung von Inschriften. Entwürfe gratis sofort.

Teppdecken-
Fabrik
Emil Lefèvre, 1901
 Berlin, Oranienstr. 150.
 Grösste Auswahl! **Woll-Atlas-**
Steppdecken imit. Handarbeit!
 2 Mtr. lang, blau, grün, bordeaux
 7,50 Mark. Einzelne schadhafte
 Decken 3 und 4 Mtr.
 Illustrierte Preisliste gr. u. fr.

Unsern Kollegen
Gustav Thiele
 zu seinem heutigen Wiegenfeste ein
 donnerndes Hoch, daß die ganze Frank-
 furterstraße wackelt. Seine Neben-
 kollegen von V. bis B. 2107

Danksagung.
 Hiermit spreche ich allen Bekannten
 und Verwandten, besonders den Herren
 Kollegen bei der Beerdigung meines
 unvergesslichen Mannes, des Topfers
August Göttinger, meinen innigsten
 Dank aus. 2108
Die trauernde Hinterbliebene.

Die gegen Frau Plattner ausge-
 stobene Beleidigung nehme ich hiermit
 zurück. **H. Freil.**
 2121]

Polstermöbel,
 einfach und elegant, hält vorrätig und
 liefert nach Bestellung solid und billig
C. Wildberger,
 Tapezierer und Decorateur, 1702
 60, Kommandanten-Strasse 60.
 Aufpolstern von Sophas und Ma-
 tratten wird prompt und billigst besorgt

Empfehle meine
Hamburger Cigarren und Cigaretten
 in guter Qualität.
Jarosch,
 2114 Brunnenstraße 82c.

Schneider-
 Bedarfsartikel empfiehlt billigst (Muster
 gratis und franco)
Rud. Pieper, Wilhelmstraße 114
 (g. d. Putzammerstr.).
 Sonntags von 10 Uhr ab geschlossen.

Empfehle allen Genossen mein
Weiss- u. Bairisch-Bier-Lokal.
 2 Vereinszimmer mit Piano sind zu
 vergeben. Um Zuspruch bittet
 1986 **A. Flick,**
 Sonnenstraße 40 part.

Jede Uhr
 zu reparieren und zu reinigen
 (außer Uhrwerk) kostet bei mir
 unter Garantie des Gutgehens
1,50 Mark.
 Lager aller Arten Uhren und Gold-
 waaren zu den billigsten Preisen.
Gust. Bleil, Rosenthalerstr. 10.
 (a. d. Auguststr.)

Rohtabak sämtlicher
 Sorten.
 Grösste Auswahl, billigste Preise.
 667 **G. Elkhuyzen,** Hauptstr. 10.

Empfehle mein Geschäft in frischem
 Blumen und Kränzen. 1212
Robert Meyer,
 Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.

Ein Cigarrogeschäft ist zu verkaufen.
 Näheres Wasserthorstr. 20. 1230

Freunden und Bekannten, sowie
 meiner werthen Nachbarschaft empfehle
 bei Bedarf meine 162
Cigarren-Geschäfte.
 Eig. Fabrikate. Verk. z. Engros-Preisen.
E. Storde, Köpenickerstraße 24,
 Universitätsstraße 3 B.

Gillige Wohnungen
 mit Kloset u. Wasserl., 50-72 Thtl.,
 sofort oder 1. Oktober, Biedorf,
Prinz Handjerystr. 50. 2102

Tischlerei für jede vorkommende Ar-
 beit, für Mobell, Bau und
 Möbel, Glaserie, Einrahm. aller Arten
 Silber, Schleifen u. a. m. Demmin-
 erstraße 4, **W. Abraham,** Querg. pt.

Schlafst. z. verm. Dresdenerstr. 99, S. p. l.
 2 Schlafst. z. v. Dresdenerstr. 123, i. R. r.

Teppiche mit Webefehlern
 jed. Art u. Größe, Portieren, Gardinen,
 Tischdecken, Kissenstoffe, Steppdecken
 unterm Kostenpreis. Einzel-Verkauf
 Teppichweberei **Zimmerstr. 86,**
 Hof part. 853

Soeben erschien
Der wahre Jacob
 Nr. 102.
 Zu beziehen durch die Expedition
 Beuthstraße 8.

Kinderwagen. Das gr. Lager Berlins
Andreasstr. 23.

Arbeitsmarkt.
 Täglich. 2. amenschnneidergeselle verlangt
 Spittelmarkt 16, 4 Tr. 2109

Ein tüchtiger Werkzeugmacher,
 welcher selbstständig alle Arten Prä-
 zisions-Werkzeuge für Revolverbänke
 anfertigen kann, wird als
Vorarbeiter 2064
 in dauernde Stellung gesucht.
 Gefällige Offerten unter **R. T. 10**
 besördert die Exped. d. Bl.

Einen geübten Silberdrücker verlangt
H. Mayen u. Co., Sebastianstr. 20. [204

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom 23. Juni, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Boetticher v. Dehlschlager, v. Rathahn, v. Berlepsch und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Gewerbegerichte, und zwar wird die Beratung des § 49 fortgesetzt, zu welchem die Kommission den Zusatz gemacht hat, daß bei Streitgegenständen vom Werthe bis 100 M. die Berufung ausgeschlossen sein soll, während sonst die Berufung an das Landgericht geht.

Abg. Stumm will diesen Zusatz streichen, während Abg. Klemm beantragt, an Stelle der Worte „Werth des Streitgegenstandes den Betrag von“ zu setzen „Gegenstand der Berufungsbeschwerde den Werth von“.

Heute ist ein neuer Antrag des Abg. Stadthagen eingegangen, § 49 so fassen wie folgt:

„In den vor die Gewerbegerichte gehörigen Rechtsstreitigkeiten finden die Rechtsmittel statt, welche in den zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zulässig sind. Als Berufungs- und Beschwerdegericht ist das Gewerbegericht in der Zusammenfassung von 3 anderen Mitgliedern als denjenigen zuständig, welche bei der angefochtenen Entscheidung mitgewirkt haben.“

Ist für das Rechtsmittel gegen eine Entscheidung des Gewerbegerichts eine Nothfrist bestimmt, so beginnt diese für jede Partei mit der an sie bewirkten Zustellung und, sofern auf die Zustellung verzichtet war (§ 26 Absatz 2), mit der Verkündung der Entscheidung.

Die Berufung muß innerhalb der Nothfrist von einer Woche eingelegt sein. Die Einlegung gilt mit der Einreichung der Erklärung als mit Abgabe derselben zu Protokoll des Gerichts. Nach Einlegung der Berufung hat der Vorsitzende der Berufungskammer baldmöglichst einen Verhandlungstermin anzuberaumen und zu demselben die Parteien vorzuladen. Im übrigen gelten für das Verfahren in der Berufungsinstanz dieselben Vorschriften, welche für das Verfahren in erster Instanz maßgebend sind.“

Abg. Dr. Meyer (Berlin, dfr.): Bei dieser Frage kommen zwei Klippen in Betracht, auf der einen Seite schnell, auf der andern Seite gut entscheiden. Zwischen diesen beiden Klippen muß man hindurch segeln. Falsche Urtheile werden sich auch bei vielen Rechtsmitteln nicht vermeiden lassen. Ich für meine Person bin kein Freund der Berufung. Sie bildete sich im römischen Recht aus, als der Absolutismus zur Herrschaft gelangte. Nun mündet es mich hier auch nicht, daß ein Mann sich hier für die Berufung erklärt hat, der sich im bürgerlichen Leben den Titel eines Königs (König Stumm) erworben hat, der ein Eherecht geschloffen hat mit Ehedienstleistungen, von welchen weder das römische Recht noch das kanonische etwas weiß. (Weiterkeit.) Ich theile diese Schwärmerie für die Berufung nicht. Bei den Gewerbegerichten ist schon durch die Sache ungetheilte Aufmerksamkeit der Weisiger geboten und die etwas bespöttliche Bezeichnung der Weisiger bei anderen Gerichten als „Beisitzer“ (Weiterkeit) ist hier nicht am Platze. Weil aber die Weisiger sich für die Sache genau ansehen müssen, darum ist die Berufung schon von vornherein wenig geboten. Berufungsurtheile sind auch nicht immer die besseren Urtheile, es wird nicht immer reformirt, sondern auch verschlechtert. Auch fürchte ich, daß durch die gelehrten Berufungsgerichte das Gewohnheitsrecht, welches die Gewerbegerichte pflegen sollen, vernachlässigt wird, welches die Gewerbegerichte sind alle Gegensätze. Trotzdem ich aber das Prinzip für richtig halte, bin ich doch nicht der Meinung, daß man das Prinzip gewalttham einführen muß. Ich werde mich daher für die Fassung der Kommission entscheiden. (Weifall links.)

Abg. Rath Hoffmann: Die Regierungsvorlage wollte in erster Reihe, daß für die Gewerbegerichte keine geringeren Garantien geschaffen wurden, als für alle anderen Gerichte. Von diesem Standpunkt ist auch die Frage der Berufung zu betrachten. Die Gegner der Berufung irren, wenn sie glauben, daß Vertrauen zu einem Berufungsinstanz verlangen werde. Wer in dem Streit unterliegt, wird nicht glauben, im Unrecht zu sein und nach einer weiteren Instanz verlangen. Die Gewerbegerichte haben eine nicht bloß kompetenz in bloßen Selbstreueigkeiten, sie haben auch viel weitergehende Befugnisse, wie die Verhängung von Haft im Zwangsverfahren. Dagegen muß doch den Betroffenen die Berufung an ein mit allen Garantien der Rechtsprechung ausgestattetes Gericht offen stehen.

Abg. Freiherr v. Stumm (Reichsp.): Der Abg. Meyer hat mir persönliche Motive untergeschoben, weil ich mich für die Berufung erklärt habe. Ich habe kein neues Eherecht geschaffen, sondern die bis 1865 geltende Bestimmung festgehalten, wonach die Heirathskonten notwendig ist. Ich bin nicht für die Berufung, weil ich den Gewerbegerichten abgeneigt bin, selbst wenn ich das wäre, würde ich aus sachlichen Motiven, die ich bei der neulichen Beratung entwickelt habe, mich für die Berufung erklären.

Abg. Stadthagen (Soz.): Der Schwerpunkt der Sache liegt in der Frage: soll es zulässig sein, an das Landgericht zu appelliren? Da meine ich, lieber darauf zu verzichten, als diese Art der Berufung zuzulassen. Alle für das Landgericht vorgebrachten Gründe können darüber nicht hinwegtäuschen, daß das Prinzip der Aburtheilung durch Sachverständige durchaus durchbrochen wird; es zeigt sich in den Anträgen v. Stumm wie in den Kommissionsbeschlüssen thätlich eine gewisse Abneigung gegen das ganze Verfahren, denn gerade bei diesem § 49 ist es beliebt worden, dem gefunden Menschenverstand den Juristenverstand gegenüberzustellen. Herr v. Stumm hat am Sonnabend sogar gesagt, der sogenannte gesunde Menschenverstand müsse durch das Landgericht eine heilsame Korrektur erfahren. Wir sind für den gesunden Menschenverstand und wollen dementsprechend die Vorlage formuliren. Das Landgericht ist für den Arbeiter eine direkte Rechtsverweigerung. Wenn wirklich ein schnelles Verfahren erreicht werden soll, verstehe ich nicht, wie das Landgericht als Berufungsinstanz geeignet sein soll, wo die Berufungsfrist einen Monat, die Einlassungsfrist einen weiteren Monat währt, der zweite Termin frühestens nach zwei Monaten, der dritte vielleicht wieder 2-3 Monate später stattfindet, mit anderen Worten, das Recht des Arbeiters mindestens ein halbes Jahr verschleppt wird. Die vorläufige Vollstreckbarkeit des Urtheils bessert nichts, denn bekanntlich kann die Vollstreckbarkeit abgelehnt werden, wenn Obelastungen in der Sache vorliegen, die die Vollstreckbarkeit in Verzug ist oder sonst genügend Arbeiter- und Gehilfenverhältnisse vorgezeichnete der von Stumm irritirten Sachverständigen Arbeitskammern. Herr von Stumm irritirt sehr, wenn er unsern Antrag auf Verweisung der Berufung als einen Vorschlag widerständig, als übereilt bezeichnet. Wir haben uns gesagt, wir bekommen doch bei dieser Gelegenheit die Arbeitkammern nicht, soweit Geld haben Regierung und Parteien nicht dafür nicht übrig, wenn diese Einrichtung auch nur den

gehnten Theil der Forderung für Ostafrika an Kosten verursachen würde. Unter solchen Umständen wählen wir das kleinere Uebel und streichen die Berufung ganz. Warum soll denn lediglich für 5 pCt. aller Fälle dieses größere Uebel bestehen? Mein heutiger Vermittlungsantrag sieht durchaus auf denselben Standpunkt. Ich gebe zu, daß seine Ausführung Schwierigkeiten begegnet, aber unüberwindlich sind sie nicht. Das Material an Richtern wird stets vorhanden sein, denn wir haben doch den Vorstehenden, dessen Stellvertreter und vier Weisiger; die sechs notwendigen Mitglieder sind also da. Ein verlangsamtes Verfahren soll nicht stattfinden, wir lassen deshalb die Berufungsfrist nur acht Tage betragen. Gegen den Kommissionsvorschlag muß ich mich ganz entschieden erklären, er ist nicht gebauert und nicht gestochen. Der Arbeiter wird oft in die Lage kommen, um Objekte über 100 M. zu klagen, z. B. wenn von mehreren Arbeitern gemeinsam vorgegangen werden muß, oder in Fällen, die nicht rein vermögensrechtlicher Natur sind. Ich bitte Sie, meinen Vermittlungsantrag anzunehmen oder die Berufung ganz zu streichen.

Abg. Dr. Vorsch (Centr.): Ich empfehle die Fassung der Kommission. Mit dem gefunden Menschenverstand gegenüber dem Juristenverstand zu operiren, halte ich für verkehrt. Die Juristen haben ebenso gut gefunden Menschenverstand, nur daß dieser durch Fachkenntnisse abgeklärt ist, während die Sachleute nur zu oft in ihr gewerbliches Fach verannt sind. Der Abg. Stadthagen will die Berufung nochmals an ein Gewerbegericht geben, das genau in derselben Art zusammengesetzt ist, wie das erste. Das wäre absolut gar keine Garantie; es hieße nur, nachdem das Gewerbegericht einmal anerkannt hat, kann die unzufriedene Partei verlangen, daß das Gewerbegericht in anderer Zusammenfassung nochmals urtheile. Das ist nicht der Zweck der Berufung. Die Berufung hat den Zweck, zweifelhafte Sachen durch einen gereifteren Richter zur Entscheidung zu bringen. Bei den Gewerbegerichten haben wir solche gereiftere Richter aber überhaupt nicht, da sie nicht Berufsrichter sind. Der Antrag Stadthagen wäre keine Verbesserung, und wir würden lieber die Berufung ganz fortlassen, als ihn annehmen. Für streitige Rechtsfragen muß aber immerhin die Möglichkeit der Berufung an das ordentliche Gericht gegeben werden. Daß das Kompromiß der Kommission kein Prinzip enthalte und irrational sei, kann ich nicht zugeben; denn eine Analogie besteht schon darin, daß bei Streitigkeiten bis 1500 M. die Berufung an die Oberlandesgerichte, bei größeren an das Reichsgericht zugelassen ist. Auch bei den Gewerbegerichten können Sachen vorkommen, die diese nicht allein entscheiden können. Bei Streitigkeiten mit Werkführern können leicht Objekte von 1000 M. vorkommen, und das werden in der Regel auch Fälle juristisch intricater Natur sein, wo es auf das Urtheil ankommt. Die französischen und rheinischen Gewerbegerichte haben ebenfalls eine appellable Summe, und zwar von 50 M., und das Hagenauer Gewerbegericht entscheidet nach Ortsstatut überhaupt nur in Sachen bis zu 300 M. Diese Eintheilung in appellable und inappellable Summen hat bisher zu Unzutraglichkeiten nicht geführt.

Abg. Adernann (kons.) spricht sich in demselben Sinne aus. Abg. Eckert (dfr.): Wenn die ordentlichen Gerichte genau so gut Recht sprechen wie die Gewerbegerichte, warum machen wir überhaupt denn eine Vorlage von 73 Paragraphen? Wo einfache Dinge zu entscheiden sind, soll das Gewerbegericht selbstständig und ohne Berufungsinstanz entscheiden, in schwierigen Fällen steht die Berufung an das Landgericht frei.

Nachdem Abg. Klemm (Sachsen) nochmals für seinen Antrag eingetreten ist, wird die Diskussion geschlossen.

Im Schlusswort weist der Berichterstatter Abg. Sachem darauf hin, daß der Ausschluß der Berufung bei den rheinischen Gewerbegerichten, die beinahe 100 Jahre bestehen, sich gut bewährt habe; derselbe sei für das Ansehen der Gewerbegerichte, in denen ein ganz anderer Geist einzuwirken wird als der in den heutigen ordentlichen Gerichten bestehe, durchaus notwendig. Eine besondere Instanz für die Berufung zu schaffen, empfehle sich nicht, da nach Annahme der Bestimmung, daß die Berufung nur in Sachen über 100 M. zulässig sein soll, nur 5 pCt. aller Streitfälle an die Berufungsinstanz gelangen würden. Nach dem Antrage Klemm müßte der Beschwerdegegenstand 1000 M. überschreiten, während nach der Kommissionsfassung der Streitgegenstand mehr als 100 M. betragen müßte. Die Kommissionsfassung schließt sich an die rheinische und sächsische Gesetzgebung an, der Antrag Klemm an die Zivilprozessordnung. Der Vortheil der Kommissionsfassung liege darin, daß das Gewerbegericht sofort in der Lage sei, zu entscheiden, ob es Berufung gebe oder nicht, und daß alle Gutachten über die Höhe des Objektes und alle damit verbundenen Formalitäten erspart würden. Der Beschluß der Kommission sei mit Einstimmigkeit gefaßt.

Die Anträge Klemm, v. Stumm und Stadthagen werden abgelehnt, § 49 in der unveränderten Fassung der Kommission angenommen.

§ 50 handelt von der vorläufigen Vollstreckbarkeit.

Abg. Stadthagen (Soz.) beantragt, die Bestimmung, daß dieselbe nicht auszusprechen ist, wenn glaubhaft gemacht wird, daß die Vollstreckung dem Schuldner einen nicht zu ersetzenden Nachtheil bringen würde, zu streichen. Hauptächlich würde durch diese Bestimmung der Arbeiter benachtheiligt werden.

Abg. Vorsch (Z.) hält diesen Absatz für bedeutungslos, nachdem die Berufung bei 55 pCt. aller Streitigkeiten ausgeschlossen sei.

Abg. Rath Hoffmann hält es für eine sehr einseitige Meinung, daß die Bestimmung lediglich den Arbeitgebern zu Gute kommen werde. Sie befinde sich in Uebereinstimmung mit der Zivilprozessordnung, im Uebrigen werde ja die Entscheidung durch die Gewerbegerichte selbst getroffen.

Nachdem auch der Berichterstatter Abg. Sachem darauf hingewiesen, daß die Bestimmung gerade im Interesse der Arbeiter getroffen sei, wird der Antrag Stadthagen abgelehnt und § 50 in der Fassung der Kommission mit folgendem Zusatz des Abg. Eckert:

„Die für den Beginn der Zwangsvollstreckung erforderlichen Zustellungen (§§ 671, 672 der Zivilprozessordnung) sind, soweit sie nicht bereits vorher erfolgt sind, auf Antrag des Gläubigers durch das Gewerbegericht zu bewirken“ angenommen.

§ 51, welcher die Höhe der Kosten des Verfahrens vor den Gewerbegerichten festsetzt, wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

§ 52 bestimmt, daß in den Fällen, in denen das Gewerbegericht eine Entscheidung fällt, der Beurtheiler oder der Ver, der die Kosten zu tragen übernommen hat, sie zu leisten verpflichtet ist. Wenn aber keine Entscheidung getroffen wird, so fallen die Kosten dem zu, der die Klage angestrengt hat.

Abg. Stadthagen will den letzten Passus streichen, damit der Kläger, der mit Grund eine Klage angestrengt habe, nicht nachträglich noch Kosten zu leisten habe. Diese geringen Kosten sollten von der Gemeinde übernommen werden.

Geheimrath Hoffmann hält es für billig, daß bei ruhendem Verfahren die Kosten den Kläger treffen. Die praktische Bedeutung der Bestimmung sei übrigens gering, weil ja durch Orts-

statut bestimmt werden könne, daß überhaupt keine Kosten von den Parteien erhoben werden.

Berichterstatter Abg. Sachem hält die Bestimmung aus Rücksichten auf Finanzschwache Gemeinden für geboten.

§ 52 wird unter Ablehnung des Antrags Stadthagen unverändert angenommen.

Die §§ 53 und 54 gelangen ohne Debatte unverändert zur Annahme.

Darauf folgt der dritte Abschnitt (§§ 55 bis 68): Thätigkeit des Gewerbegerichts als Einigungsamt.

Nach § 55 kann das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen werden; nach § 56 ist dieser Anrufung Folge zu geben, wenn sie von beiden Theilen erfolgt und wenn beide Theile Vertreter bestellen, deren Zahl in der Regel nicht mehr als drei betragen soll. Ob die Vertreter für genügend legitimirt zu erachten sind, entscheidet das Einigungsamt nach freiem Ermessen.

Abg. Adernann (dfr.) beantragt zu § 56, daß das Einigungsamt seine Thätigkeit nur beginnen darf, wenn die Vertreter beider Theile vorher die Unterwerfung unter den etwa zu erlassenden Schiedsspruch zu Protokoll erklärt haben.

§ 55 wird ohne Debatte angenommen.

Abg. Adernann: In weiten Kreisen glaubt man, daß in diesem Einigungsamt ein Mittel gegen Arbeitseinstellungen gegeben ist. Das ist ein gewaltiger Irrthum. Hier wird die öffentliche Meinung als Exekutor des Schiedsgerichts angerufen; ich glaube, erfolglos. Wenn das Einigungsamt gegen die Arbeiter spricht, so wird eine gewisse Partei schon dafür sorgen, daß sich keine öffentliche Meinung in den Arbeiterkreisen für den Schiedsspruch bildet. Ich misachte das Tribunal der öffentlichen Meinung nicht, aber man setzt hier zu große Hoffnungen darauf. Wenn große Massen erregt sind, wenn ein langer Streit vorausgegangen ist, so kann man sich auf diese Volksstimme, diese öffentliche Meinung nicht berufen. Da kann man nicht sagen: das Einigungsamt hat sich gegen Euch erklärt, Ihr müßt Euch fügen, die Volksstimme ist gegen Euch. Mit den Mitteln, die hier angewendet werden sollen, ist gegenüber den Arbeitseinstellungen wenig oder nichts auszurichten. Die Engländer haben allerdings einen Weg gefunden, wie sie die Zwangsvollstreckung des Schiedsurtheils ermöglichen, indem das Urtheil des Einigungsamtes dem Grafschaftsrichter überwiesen wird. Soll aber einmal die öffentliche Meinung angerufen werden, so muß man etwas mehr für sie thun. Es muß ausgesprochen werden, daß das Einigungsamt seine Thätigkeit nur dann beginnen darf, wenn beide Theile vorher erklärt haben, daß sie sich dem Schiedsurtheile unterwerfen. Nun sagt man, dadurch mache man die Berufung des Einigungsamtes unmöglich. Man könnte doch nicht etwas annehmen, was man im Voraus noch nicht kennt. Das ist ja aber bei allen Systemen der Fall. Ich kann doch ein Gericht nicht bloß anrufen, wenn es zu meinen Gunsten entscheidet. Haben aber beide Theile erklärt, daß es ihnen ernst sei mit der Berufung des Einigungsamtes, und es tritt dabei der Fall ein, daß trotzdem der Spruch des Einigungsamtes von ihnen nicht angenommen wird, so beanspruchen wir doch auch nicht die Zwangsvollstreckung, sondern das Einigungsamt macht nur bekannt, die Parteien haben sich unterworfen, das Einigungsamt hat die Entscheidung gegeben und hat den Parteien auszugeben, sie innerhalb einer gewissen Zeit einzuführen. Damit ist die Sache aus. Unser Antrag geht also keineswegs zu weit. Ich bitte Sie, denselben anzunehmen.

Geheimrath Hoffmann: Durch diesen Antrag würde das Einigungsamt nicht verbessert werden. Es hat bisher an Gelegenheit gefehlt, daß die streitenden Parteien mit einander zur Verhandlung kamen und sich vergleichen konnten. Um ihnen diese Gelegenheit zu geben, soll ein Organ geschaffen werden, an welches sich die Streitenden wenden können. Es soll den Gewerbegerichten die Funktion eines Einigungsamtes gegeben werden. Deshalb ist es aber auch nicht rätlich, den Parteien die Verpflichtung aufzuerlegen, vor der Verhandlung bereits zu erklären, sie wolle sich dem Spruch des Einigungsamtes unter allen Umständen fügen. Es würde auch nicht viel nützen, weil man nicht weiß, ob die hinter ihnen stehenden Massen diese Verpflichtung auch nachher anerkennen. Ich glaube, daß das Einigungsamt eine viel geringere Wirksamkeit haben würde, wenn man diesen Antrag annähme. Der Vordredner hat sich auf die englischen Verhältnisse bezogen; es bestehe auch in England eine ähnliche Einrichtung wie sie nach seinem Antrage hier entstehen würde. Ich muß gestehen, daß mir eine solche Einrichtung nicht bekannt ist. (Widerpruch des Abg. Adernann: Zwangsvollstreckung!) Eine Zwangsvollstreckung besteht nur über den Widerspruch in Rechtsstreitigkeiten, aber nicht Interessentstreitigkeiten. (Weifall.)

Abg. Goldschmidt (dfr.): Die §§ 55 und 56 sind sozialpolitisch vielleicht die wichtigsten des ganzen Gesetzes, und werden wiederholt das zweifelhafteste Glück getroffen, von Streiks betroffen zu werden, wer oft Zeuge war, wie leicht bei Arbeitseinstellungen Mißverständnisse entstehen, wie ein Mißverständnis das andere hervorruft, der wird es freudig begrüßen, daß beiden Theilen, Arbeitgebern wie Arbeitnehmern Gelegenheit gegeben wird, auf neutralem Boden sich zusammen zu finden und sich über ihre gegenseitigen Wünsche auszusprechen. Zweck und Aufgabe solcher Einigungsämter ist es, vor allen Dingen das Vertrauen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wieder herzustellen, da einmal das alte patriarchalische Verhältnis unwiederbringlich verloren ist. Von dem Werthe dieser Bestrebungen sollten alle Parteien gleichmäßig überzeugt sein; um so mehr wundert ich mich, daß Herr Adernann einen Antrag stellt, der geeignet ist, den Einigungsämtern den Boden für ihre Wirksamkeit abzugeben. Was will dieser Antrag? Er will die Autorität, nicht die Ueberzeugung. Er will den Streitenden, ehe sie sich haben aussprechen können ehe sie Gelegenheit zur Veröhnung hatten, einen Schiedsspruch aufzwingen. Damit verliert das Einigungsamt seinen eigentlichen Werth. In England, wo die boards of conciliation aus der Initiative der industriellen Bevölkerung hervorgegangen sind, überwiegen allerdings die Einigungsämter nach dem System Kettle's, das eine Vollstreckbarkeit des Schiedspruches durch den Richter kennt; aber bevor sich dieses System eingebürgert hatte, ehe das allgemeine Mißtrauen einer besseren Stimmung wich, bestand das System Muddells, dessen Zweck war, häufiges Begegnen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbei zu führen und so Zwistigkeiten vorzubeugen. Praktisch kommt der Zwang auch bei dem System Kettle selten zur Geltung. Bei dem gegenwärtigen Stande der deutschen Arbeiterbewegung müßten die Einigungsämter nach dem Antrage Adernanns verkommen, denn die Hauptsache bleibt immer die Veröhnung, die Wiederherstellung des Vertrauens. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag Adernann abzulehnen und die Beschlüsse der Kommission aufrechtzuerhalten. (Weifall links.)

Abg. Singer: Der Abg. Adernann verwechselt Einigungsamt mit Schiedsgericht. Was er wünscht, ist Sache des Schiedsgerichts, das mit autoritativer Entscheidung versehen ist und dessen Wahrspruch sich die Parteien fügen müssen. Das Einigungsamt hat den Zweck, ausgebrochene oder ausbrechende Streitigkeiten zu verhindern. Legen Sie den Parteien die Verpflichtung auf, sich von Hause aus dem Spruch des Einigungsamtes zu fügen, so werden Sie den Kreis Derjenigen, welche geneigt sind,

Ihre Beschwerden vor das Einigungsamt zu bringen, außerordentlich verringern.

Abg. Adermann befürwortet nochmals seinen Antrag.

Abg. Hammacher: Ich nehme an, daß der Abg. Adermann nur einen Druck dahin ausüben will, daß die Parteien, welche sich dem Schiedsgericht des Einigungsamtes unterwerfen, sich moralisch vor der Öffentlichkeit verpflichtet halten, sich auch in Wirklichkeit dem Spruche zu unterwerfen. Ich glaube, daß dieses sich von selbst versteht, denn sonst wäre das ganze Einigungsamt eine Spielerei. Es ist aber von höchster Wichtigkeit, das überhaupt durch das Gesetz eine Einrichtung getroffen wird, welche ermöglicht, daß die streitenden Parteien sich vor dem Schiedsgericht versammeln können.

Der Antrag Adermann wird abgelehnt, die sämtlichen auf das Einigungsamt bezüglichen §§ 55-68 werden unverändert angenommen.

Der neu eingeschobene § 68a, wonach die Gewerbegerichte Gutachten über gewerbliche Fragen anzugeben haben, und Anträge an die Behörden zu stellen berechtigt sein sollen, wird ohne Debatte angenommen; ebenso der fünfte Abschnitt: Verfahren vor dem Gemeindevorsteher (§§ 64-65).

Endlich folgt der sechste Abschnitt: Schlußbestimmungen (§§ 69-76). Nach § 69 der Vorlage sollten die Bestimmungen derselben nicht Anwendung finden auf Streitigkeiten der Arbeiter von Reichs- und Staatsdruckereien, staatlichen Münzanstalten und Verwaltungen der Militär-, Marine- und Staatsseisenbahn-Verwaltungen.

Die Kommission beschränkt diese Ausnahmegestaltung auf die Betriebe der Militär- und Marineverwaltung.

Abg. Auer beantragt, den § 69 ganz zu streichen.

Abg. Hirsch: Die Kommission hat in dankenswerther Weise einen großen Theil von Arbeitern im Staatsseisenbetriebe und in anderen Betrieben der Wohlthaten der Gewerbegerichte theilhaftig gemacht. Es wäre konsequent, diese Wohlthaten auch den Arbeitern der Militär- und Marineverwaltung zu Theil werden zu lassen. Es ist gesagt worden, daß dies die militärische Disziplin nicht gestatte. Es scheint hierin ein Mißtrauen der Regierung gegen ihre eigene Schöpfung, die Gewerbegerichte, zu liegen. Wenn nicht nur die Privatpersonen, sondern auch Arbeiter anderer Staatsbetriebe den Gewerbegerichten unterstellt werden sollen, so müßten dieselben doch wohl nach Ansicht der Regierung alle Eigenschaften einer guten Rechtsprechung in sich tragen. Wenn man diese Arbeiter ausnähme, so würde man sie zu Arbeitern zweiter Klasse degradieren.

Geh. Admiralitätsrath Holtz: Die Marineverwaltung legt großes Gewicht darauf, daß ihre Arbeiter nicht unter dieses Gesetz gestellt werden. Die Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitern werden in dieser Verwaltung bereits unparteiisch und schnell erledigt. Die höheren Beamten haben kein persönliches Interesse und sind um so eher in der Lage, ein unparteiisches Urtheil zu fällen. Wenn die Arbeiter in einzelnen Fällen die Entscheidung nicht für sachgemäß halten, so steht ihnen der Beschwerdeweg zu. Jede Beschwerde der Arbeiter wird als eine besonders dringende Sache behandelt. Außerdem ist mir wenigstens von der Marineverwaltung kaum ein Fall bekannt, wo ein Arbeiter es für geboten gefunden hätte, seine Ansprüche auf dem Wege des Prozesses geltend zu machen. Bei einer Verwaltung, wie der Marine, ist eine sichere Zeit nur dem dementsprechend eine strenge Disziplin unumgänglich notwendig. Diese muß aber leiden, wenn die Arbeiter in den Schiedsgerichten über ihre eigenen Vorgesetzten zu Gericht sitzen.

Abg. Cahnauer: Die Disziplin ist in der Privatindustrie nicht minder notwendig, als in den Staatsbetrieben. Wenn in der Marine-Verwaltung sich kein Bedürfnis herausgestellt haben soll, ihre Arbeiter unter dies Gesetz zu stellen, so müßte man doch erst abwarten, ob die Marine-Arbeiter sich nicht eben so zahlreich diesem Gesetz unterwerfen werden, wie die anderen Arbeiter. Die Staats-Anstalten sind noch keine Muster-Anstalten, und wir haben es oft erlebt, daß diese Staatsarbeiter sich klagen an Reichstag und Landtag gewandt haben. Erst heute habe ich eine Beschwerte erhalten darüber, daß ein ober-sächsischer Dampfbrenner oder Wagenschmied erzwingen ist, in dem theuren Breslau zu wohnen, und von seinen 1,40-1,80 M. täglich nicht nur Kranken- und Unterhaltungs-, sondern auch Strafgehalte zu zahlen. Diese Strafgehalte bilden oft den Gegenstand des Streits. Man sollte hier keine Ausnahme machen.

Bundeskommissar Major Bahn: Wenn auch die Arbeiter der militärischen Fabriken in demselben sozialen und wirtschaftlichen Verhältnis sich befinden wie die Arbeiter in Privat-Anstalten, so kann doch die Stellung der Arbeiter allein nicht maßgebend für die Frage der Anwendung dieses Gesetzes auf die Arbeiter der Militärfabriken sein, ausschlaggebend dafür ist die Stellung des Arbeitgebers zu den Arbeitern, und darin besteht zwischen militärischen und Privatfabriken ein wesentlicher Unterschied. Der private Fabrikherr arbeitet auf Gewinn für eigene Rechnung und muß Arbeitslöhne, Arbeitszeit, Ausstattung seiner Fabrik nach der Konkurrenz einrichten, die Militärfabriken machen dagegen keine Ueberlässe und dürfen sie nicht machen, und der Direktor einer solchen ist persönlich nicht daran beteiligt, wie sich am Jahresluß Einnahmen und Ausgaben zu einander verhalten; seine Anordnungen und Entscheidungen nehmen lediglich das Interesse des Reichs wahr. Wegen die Entscheidungen des Direktors steht dem Arbeiter der Beschwerdeweg an die vorgesetzte Behörde zu. Der private Fabrikherr kann bei Streitigkeiten zwischen seinen Angestellten und seinen Arbeitern keine den Arbeiter befriedigende Entscheidung fällen, weil dieser ihn immer als Partei ansehen wird; der Arbeiter in militärischen Fabriken kann aber Vertrauen zu seinen militärischen Vorgesetzten haben, und das Vertrauen und Ansehen des Direktors bei seinen Arbeitern wird durch ein solches Richteramt des Direktors wesentlich gestärkt. Dieses Vertrauen ist in Militärfabriken auch unbedingt erforderlich, namentlich im Falle der Mobilmachung, wo an die Militärfabriken und damit an den Fleiß, die Billigkeit und Leistungsfähigkeit der Arbeiter außergewöhnlich hohe Anforderungen gestellt werden; denn von der rechtzeitigen Lieferung des Armeematerials hängt die Schlagfertigkeit des Heeres und der Gang der kriegerischen Operationen ab. Diese schwerwiegende Verantwortung kann der Direktor nur übernehmen, wenn er eines Stammes durchaus zuverlässiger, erprobter Arbeiter sicher ist, und diese ihm ihr volles Vertrauen entgegenbringen. Dieses Vertrauen wird in hohem Grade erschüttert, wenn dem Direktor und den Militärbehörden die Befugnis genommen wird, die Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Angestellten des Instituts selbst zu entscheiden, und der Arbeiter beim geringsten Anlaß seinen Direktor vor das Gewerbegericht fordern kann. Auch Ansehen und Autorität des Direktors werden dadurch erschüttert, wenn seine Entscheidungen durch ein von Ortsbehörden eingesetztes und bezahltes Gewerbegericht verworfen werden können, in welchen die Arbeiter selbst mitwirken. Es können auch zu Besitzern der Gewerbegerichte Angestellte der militärischen Fabriken selbst, Ingenieure und Weisler, ernannt werden. Dann würde also ein Untergebener Streitigkeiten zwischen dem Direktor und Arbeitern entscheiden können. Außerdem würden dann die militärischen Fabriken unter die Ortsbehörden gestellt, was bei den sozialpolitischen Gesetzen, dem Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz abschichtlich vermieden worden ist. Auch der Direktor wäre nicht in der Lage, eine Wahl zum Weisler eines Gewerbegerichts abzulehnen. Es kann aber im Interesse der Justiz nicht gewünscht sein, daß die Direktoren neben ihren dienstlichen Funktionen auch noch die eines Weislars im Gewerbegericht übernehmen. Angestellte dieser eigenartigen Verhältnisse der Militärfabriken und der dadurch bedingten strafferen Disziplin unter den Arbeitern ist die Zweckmäßigkeit der Anwendung dieses Gesetzes nicht nachgewiesen. Auch ein Bedürfnis dazu ist bisher nicht hervorgetreten. Die Arbeiter bekommen auch so in einwands-

freier Weise ihr Recht, und ich kann daher nur die Annahme des Kommissionsvorschlages empfehlen.

Abg. Hirsch (Dr.): Ich muß die Ansicht bekämpfen, als ob eine capitis deminutio darin läge, wenn der Direktor einer militärischen Anstalt vor einem, durch Reichsgesetz gebildeten, von Gemeindebehörden eingesetzten Gewerbegericht Recht nimmt. Man darf aus dem Militär keinen Staat im Staate machen. Es handelt sich auch nicht um militärische Angelegenheiten, sondern um industrielle Betriebe. Was von der Wichtigkeit der Militäranstalten für die Robilmachung gilt, gilt ebenso für die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen, und deshalb müßten auch die Arbeiter der Eisenbahnverwaltung vom Gesetz ausgenommen werden. Beschwerden von Werstarbeitern in Kiel haben genügende Remedur bei den militärischen Vorgesetzten nicht gefunden. Ich kann nicht zugeben, daß die Gewerbegerichte den anderen Gerichten des Reichs nicht ebenbürtig sind. Wenn auch die militärischen Anstalten nicht auf Gewinn arbeiten, so kann es sich doch nicht bloß um Geldstreitigkeiten, sondern auch um andere Fälle, z. B. bezüglich der Behandlung der Arbeiter, handeln. Der Grundfah der Gleichheit vor dem Gesetz steht hier in Frage. Ich hoffe, der Reichstag wird denselben wahren.

Abg. Auer (Soz.): Wenn die Militärfabriken auch nicht auf Gewinn arbeiten, so findet in denselben doch dieselbe Lohn-drückerei statt wie in Privat-Anstalten. 1880-81 hat mein Lehramt in Wapern für den Tornister schon dasselbe Geld erhalten, wie 1886; 1870-71 war aber der Lohn auf die Hälfte herabgesunken und wird fortgesetzt gedrückt. Auch die Frauenarbeit zum Zwecke der Profischneiderei ist in den Militärfabriken eingeführt. Nicht die militärischen Vorgesetzten, sondern die Zwischenpersonen, Vorarbeiter, Werkmeister etc. machen sich den Arbeitern gegenüber in der unangenehmsten Weise geltend. Der Kommissar meint, die Arbeiter fänden im Instanzenwege ihr volles Recht, als aber in Spandau die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt wurde, besprachen die Arbeiter der Militärfabriken in München in einer Versammlung dieselbe und forderten sie auch für sich. Sie erhielten allerdings die Antwort, daß Erwägungen darüber stattfanden, aber der Leiter der Versammlung wurde auf die Strafe gesetzt. Nun, da haben Sie's! So unruhige Elemente kann man nicht gebrauchen. Disziplin mag ja im Falle einer Mobilmachung nötig sein, aber in diesem Falle werden die Privat-Anstalten viel mehr in Anspruch genommen, als die Militärfabriken, und daher müßten aus denselben Gründen die Arbeiter der ersteren aus dem Gesetze herausgelassen werden. Ich kann dem nicht zustimmen, daß den Arbeitern, welche ein reines Privatverhältnis zu den Militärfabriken ohne jeden Vorzug haben, ein Recht entzogen wird, das allen Anderen zugehört.

Major Bahn: Wir sind in der Höhe der Löhne beschränkt durch die Privatindustrie. Daß die Einführung der Frauenarbeit geschieht, um die Löhne herunterzudrücken, muß ich für die preussischen Militärfabriken zurückweisen. Frauen werden nur in einzelnen Fabriken beschäftigt nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten. Eine Anspannung der Kräfte wird nur insoweit verlangt, als die Pünktlichkeit der Lieferung es erfordert. Das Verschleiten des Beschwerdewegs ist nicht mit Entlohnung bedroht. Wäre dies der Fall, so würden die Gewerbegerichte auch nichts dagegen helfen. Die Mehrzahl der Arbeiter wird überhaupt ohne Kündigung angenommen. Die Beeinflussung der Arbeiter geschieht weniger von den Werkführern als von außen her. In Köln wurden die Sattler in einer Versammlung gegen die Meinung der Mehrzahl genötigt, gegen die Ueberstunden der Arbeiter zu petitioniren; bei dem Kriegsminister wurde nachher eine Petition eingereicht, die Deputation nicht zu empfangen. Nicht in Folge der kaiserlichen Erlasse ist in Spandau die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt, sie besteht schon seit unendlicher Zeit in allen Militärfabriken. Ueberstunden sind freilich nicht ausgeschlossen, ein Druck bezüglich der Ueberstunden wird aber nicht ausgeübt.

Bayerischer Bevollmächtigter, Geh. Rath Landmann: Ich bitte Sie, die Ausführungen des Abg. Auer betrefis der Verhältnisse der Militärfabriken mit einiger Vorsicht aufzunehmen, nach den Erfahrungen, die wir jüngst mit der Behauptung bezüglich des Zwanges zu Beiträgen für die bayerische Unfallversicherung gegen die Arbeiter, der von Seiten der Arbeitgeber gelbt werden soll, gemacht haben. Die Lohnzüge, die gemacht werden, finden für Privatunfallversicherungen statt.

Abg. Finger: Mir ist nicht bekannt geworden, daß der frühere Bericht des bayerischen Fabrikinspektors bezüglich der Beiträge zur Unfallversicherung zurückgenommen worden ist. Wir sind, da die Spezialberichte der Fabrikinspektoren nicht zugehen, das Sachverhältnis zu prüfen nicht in der Lage. Bei unseren neulichen Mittheilungen hat es sich übrigens nicht um einen vereinzelten Fall, sondern um mehrere gehandelt. Ueberdies würde dies den bayerischen Bevollmächtigten noch keineswegs berechtigen, zur Vorsicht gegen die Ausführungen des Abg. Auer zu machen. Damit sind seine Behauptungen nicht widerlegt. Herr Major Bahn weist ich darauf hin, daß der Vorsteher der hiesigen Eisenbahnwerkstätten Arbeiter entlassen hat, weil sie an einer Versammlung theilgenommen haben, in welcher Delegationen gewählt wurden sollten zur Besprechung ihrer Interessen. Die Uebelstände auf diesem Gebiete lassen den Wunsch außerordentlich begründet erscheinen, die Arbeiter in Reichsbetrieben ebenfalls unter die Vortheile und Wirkungen des vorliegenden Gesetzes zu stellen. Herr Major Bahn scheint zu glauben, daß überall, wo nicht der absolute, blinde Gehorsam zum Ausdruck kommt, die staatliche Ordnung nicht anrecht zu erhalten sei. Die Auffassung, daß der Arbeiter ein willenloses Werkzeug ist, ist nicht mehr zu halten. Die Militär- und Eisenbahnbetriebe können den Leuten gegenüber, die in einem Privatverhältnis stehen, nicht dasjenige disziplinarische Verhalten üben, wie den Beamten gegenüber, die pensionsberechtigt sind und Versorgung beanspruchen können, wenn sie in ihrer Arbeit krank und alt geworden sind. Wenn Arbeiter über 40 Jahre oder solche, die nicht mehr im Stande sind, die Leistungen so zu erfüllen wie jüngere Kräfte, entlassen werden, wenn die staatlichen Institute dies thun, was in der Privatindustrie frei gegeben ist, dann haben sie nicht das Recht, Ausnahmegestimmungen für sich zu verlangen, sondern sie müssen sich den Bestimmungen unterwerfen, die für Schlichtung von Streitigkeiten allgemein gegeben werden.

Abg. Hirsch: Der preussische Militärvertreter hat zugegeben, daß die Direktoren der Militärfabriken unter dem Einfluß der Privatindustrie handeln, in Bezug auf Lohnhöhe und Länge des Arbeitstages durch dieselbe bestimmt werden. Daß die Arbeiter eine Standigungsfrist nicht haben, scheint mir nicht dafür zu sprechen, daß die Militärfabriken wirtschaftliche Musteranstalten sind. So lange in Spandau gewohnheitsmäßig Ueberarbeit stattfindet und es vorkommt, daß einerseits Frauen eingekleidet, andererseits alte Arbeiter, die seit 20 Jahren in den Spandauer Anstalten beschäftigt sind, ohne weiteres entlassen werden, so lange werden wir auf dem Standpunkt beharren, daß ein Ausnahmeverhältnis der Arbeiter zu ihren Ungunsten nicht stattfinden darf.

§ 69 wird unverändert nach dem Vorschlage der Kommission gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und einiger Nationalliberaler angenommen.

Die §§ 70 und 71 werden unverändert angenommen.

Nach § 72a sollen die bestehenden Gewerbegerichte (solche bestehen im Rheinland, in Elsas-Lothringen und in Sachsen) unberührt bleiben.

Abg. Auer beantragt, diese Gewerbegerichte nur soweit unberührt zu lassen, als es sich nicht um den Vorstich handelt.

Abg. v. Cuny ist mit diesem Antrage einverstanden, da jetzt bei der Bildung der Gewerbegerichte im Rheinland die Arbeitgeber bevorzugt sind, insofern aus ihren Reihen der Vorsitzende gewählt wird. Diese Bevorzugung sei nicht mehr aufrecht zu erhalten, aber man sollte die Ausführung der dadurch in diesen Gerichten notwendig werdenden Veränderung dem Verordnungswege überlassen; ein Landesgesetz, das sonst

notwendig würde, würde die Einführung des vorliegenden Gesetzes in Rheinland verzögern.

Die Abgg. Cahnauer und Hitz treten für die Anträge v. Cuny und Auer ein.

Geheimrath Hoffmann hält eine redaktionelle Aenderung des Antrages Auer in dritter Lesung für nötig, um den Zweck desselben, den er gutheißt, zu erreichen.

Der § 72a wird mit den Anträgen Auer und v. Cuny angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes, welches, soweit es sich auf die Vorbereitung der Ausführung des Gesetzes handelt, sofort im Uebrigen mit dem 1. April 1891 in Kraft tritt.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr. (Dritte Beratung des Nachtragsetats für Ostafrika, zweite Beratung der Militärvorlage.)

Lokales.

Von wirklichem Humor, das heißt von solchem, der unter Thränen lächelt, zeugt das folgende Schriftstück, welches wir mit Verschweigen des Namens, so wie es uns zugeht, unseren verständnisvollen Lesern übergeben:

Als treuer Abonnent des „Berliner Volksblattes“ möchte ich Sie höchlich bitten, folgendes in Ihrer Zeitung zu veröffentlichen, vielleicht interessiert es weitere Kreise und wird manchem Arbeiter die Augen öffnen, daß er erkennt, wie es in Wirklichkeit mit seiner Lage bestellt ist. Selbstverständlich wird mich mancher Knicker beim Lesen des Nachstehenden noch obendrein für einen Verschwenker erklären, weil ich mich erdreiste, pro Monat 1,10 M. für eine Zeitung anzugeben und weil ich, o schrecklich — Bier und Schnaps trinke, rauche und prieme. Jedoch diesen Knicken antworte ich, daß ich mich, so lange mein bisches Proletarierleben dauert, als Mensch will bewegen und nicht als Vieh, welches sein Futter vorgeworfen erhält. Aber — das Desijt in meinem Haushalt wird immer größer, ich weiß bald nicht mehr ein noch aus, und wie es mir mit meiner Familie geht, so geht es hunderten und tausenden von Familien. Ich habe das zufällige Glück mit meiner Ehefrau, sechs lebende Kinder im Alter von 9-14 Jahren zu besitzen. In Berlin, meiner Geburtsstadt, bin ich deswegen nicht mehr im Stande, bei meinem Verdienst eine Wohnung zu bezahlen und wohne deshalb schon 2 1/2 Jahre in Weiskesee, woselbst die Herren Hausväter noch nicht so unmenschlich sind, den Kinderbesitz zu verbieten. Auch wohne ich hier zu einer sehr billigen Miete. Da ich nun ein Freund der Statistik bin, so erlaube ich mir nachstehend meine Einnahmen und Ausgaben von April 1889 bis 1890 zu veröffentlichen. Ich bemerke aber gleich von vornherein, daß ich für eines meiner Kinder nicht zu sorgen habe, sonst würde mein Desijt erheblich größer sein. Also:

Einnahme vom 1. April 1889 bis 1. April 1890.	
Arbeitslöhne: 276 (à durchschnittlich 3 M. 20 Pf.)	883 M. 20 Pf.
Ohne Arbeit	24 Tage
Gewungene Feiertage 13	
Sonntage	52
Verdienst meiner Ehefrau, trotz der Sorge für die Kleinen, als Ausbesserin, 210 halbe Tage à 0,50 M.	105
Verdienst meines 13jähr. Sohnes mit Frühstücksragen etc.	50
Summa	1088 M. 20 Pf.

Ausgabe:	M. Pf.	M. Pf.
Wochen-Budget für 7 Personen von 8 bis 40 Jahren.		
Bäcker: Brot und Schrippen	5	45
Schlächter: Fleisch, Schmalz und Talg	3	25
Grünhändler: Kartoffeln, Gemüse	2	25
Kaufmann: Kaffee, Cichorien, gebr. Roggen, Salz, Mehl, Heringe, Gewürz, Seife, Petroleum, Streichhölzer und einige Sachen	2	75
Milchhändler pro Woche	—	70
Familienvater bei der Arbeit in 6 Tagen	1	80
Wurst, Bier und Schnaps pro Tag 80 Pf.	1	—
für Sonntag und Extravaganzen	—	60
Briem und Rauchtabak	—	60
Arbeiter-Wochenbillet	—	60
Summa	18	40

Ergo: 52 Wochen à 18,40 =	956	80
Monatsbudget: Miete pro Monat	10	25
Steuern	—	—
Schuldenzinsen für 3 Kinder	1	—
Schuhmacher und Pantinen	4	—
Kleidung und Wäsche für alle Sieben	5	—
Ausgaben für Thee, Pfaster u. s. w.	—	75
„Berliner Volksblatt“	1	10
Summa	22	10

Ergo: 12 Monate à 22,10 =	265	20
Extravaganzen pro anno: Weihnachten, Baum, Geschenke und Kuchen	4	—
Sonstigen Feiertagskuchen und Braten pr. anno	7	75
Mit meiner Familie fünfmal pagieren gegangen, jedesmal verzehrt 2 M.	10	—
Feuerung	80	—
Summa	51	75

Summa M. 1273	85
Also Ausgabe	1273,85 M.
Einnahme	1088,20

Desijt 285,65 M.

Wie obiges Desijt gedeckt werden soll, das möchte ich mal von einem recht schlauen Rechnungsführer erklärt wissen, ich finde mich nicht dabei zurecht. Hungert hat ja meine Familie auch nicht, bloß ich hin und wieder. Vielleicht weiß auch ein Anjuror meine Frau darüber Auskunft zu geben, denn — à la bouhour, dieselbe weiß sich wirklich einzurichten.

Wir können der wackeren Proletarierin nur ein Bravo zurufen, und wünschen dem „Raucher und Briemer“, daß es ihm trotz alledem gelingen möge, sich aus seinem „Dalle“ herauszuhauen.

Hinsichtlich der bei der letzten Sonnenfinsternis gefundenen Unterschiede zwischen den beobachteten und den vorausberechneten Zeitpunkten wird von Seiten der hiesigen königlichen Sternwarte in Berücksichtigung eingegangener Anfragen noch folgendes mitgetheilt: Der größere Theil der bei solchen Gelegenheiten noch wahrzunehmenden Abweichungen des Verlaufes der Erscheinung von unseren jetzigen Vorausberechnungen rührt von den Unregelmäßigkeiten des Mondrandes her. Viel genauer und zutreffender, als die jetzigen Vorausberechnungen dieser Finsternisse bereits sind, werden dieselben daher für einen einzelnen Ort überhaupt nicht mehr werden können; denn wenn die Beobachtungsorte des Sonnenrandes und des Mondrandes, von einem bestimmten Beobachtungsort auf der Erde gesehen, gerade auf einen sehr tiefen Zenithschnitt oder auf einen sehr tiefen Gebirgskamm am Mondrande trifft, kann die erste oder letzte Verhüllung der Ränder, also Anfang oder Ende der Finsternis, bis zu starken Bruchtheilen einer Minute verspätet oder veschrät werden. Es wurde deshalb in der ersten Mittheilung auch nur gesagt, daß diese Beobachtungsergebnisse einen Beitrag zu weiterer Verbesserung der Grundlagen der Vorausberechnungen liefern. Schon

dieselben sich seit drei Wochen im Kampfe um ihre Rechte befinden.

In Ausführung der Kongressbeschlüsse haben wir folgende Fragen zur Beantwortung gestellt:

- 1. Wie viele haben am 1. Mai gearbeitet?
2. Aus welchen Gründen?
a) aus eigenem Antriebe? (Zahl)
b) auf Veranlassung der Fabrikanten? (Zahl)
3. Wie viele haben sich an der Feier beteiligt?
Diese Fragen sind notwendig, um eine Uebersicht in der Sache zu erhalten.

Statutenmäßig soll ich für die Ausbreitung und Befestigung des Verbandes Sorge tragen. Dazu bedarf ich aber der Unterstützung der Bevollmächtigten. Wenn dieselben meinen Bekanntmachungen so wenig Beachtung schenken, daß ich drei bis vier Mal schreiben muß, dann wird mir mein Amt unmöglich gemacht.

Kollegen! Die Protokolle habt Ihr jetzt in Händen. Nun möchte ich die betreffenden Ortschaften ersuchen, sobald als möglich den eingeklammernten Betrag auch einzusenden.

Folgende Ortschaften haben annähernd folgende Beträge an meine Adresse abgefunden: Chemnitz (3,00), München (9,00), Leipzig (20,00), Ragna (2,00), Leipzig (3,00), Dresden (20,00), Gr. Nordetha (2,50), Jüntenau (9,00), Fischbach (6,00), Harburg (3,00), Stettin (8,00), Wolgast (2,00), Greifenhagen (3,00), Liegnitz (4,00), Kötzschenbroda (3,00), Schney bei Bichtensfeld (19,00).

Den Kassirern der Zahlstellen zur Beachtung, daß sie die Abrechnung wenn möglich bis zum 10. Juli dem Hauptkassirer zustellen.

Mit kollegialischem Gruß und Handschlag
Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Korbmacher.
J. A.: G. Krüger, Vor., Hamburg-Barbeck, Bürgerstr. 5.

Verfassungen.

Eine überaus zahlreich besuchte Versammlung des Fachvereins der Gärtner tagte am 18. d. M. in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75. Auf der Tagesordnung stand Vortrag des Reichstagsabgeordneten Herrn Stolte über die indirekten Steuern.

Vor den Gutarbeitern und Arbeiterinnen, die sich am Freitag im Böhmischen Brauhause unter Vorsitz der Herren Augustin, Bökel und Stabrie versammelten, hielt der Reichstagsabgeordnete August Heine einen Vortrag über das Thema: 'Wie können die Gutarbeiter und Arbeiterinnen ihre wirtschaftliche Lage verbessern?'

seine Arbeiter zur Anerkennung einer 'Arbeitsordnung' zu zwingen, nach welcher er die Arbeiter jeder Zeit entlassen kann, die Arbeiter aber an eine 14tägige Kündigung gebunden sind.

Glavierarbeiter. Am Sonnabend, den 14. tagte eine Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter und verwandter Berufsangehörigen in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.

Der Fachverein für Schlosser und Maschinenbauarbeiter hielt Dienstag, den 10. d. M., eine beschließende Versammlung im 'Königsstadt-Kaffee' ab.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirths Berlins und Umgegend hielt am 20. Juni eine Generalversammlung beim Kollegen Henke, Blumenstr. 38, ab.

Verein der Deutschen Kaufleute. Vereinigung der Ortsvereine für Berlin und Umgegend. Mittwoch, 25. Juni 1890, Abends 8 1/2 Uhr: Große Versammlung in G. Keller's Restauration, Köpnickstr. 96/97.

Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises. Ten Genossen zur Nachwahl, das sind die Zahlstellen des Vereins der folgenden Genossen befinden: Gottfried Schulz, Adamißstraße 40a, Karl Scholz, Wilmersdorfer Str. 22, Otto Oelendorf, Langestraße 70, Gustav Tempel, Wredelstraße 27, Dr. Jubelt, Naumannstraße 88.

Größe öffentliche Volksversammlung im Schiffschuppen zu L. Wilmersdorf (Herr Krause) am Dienstag, den 24. Juni, Abends 8 Uhr.
Freie Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend. Dienstag, den 24. Juni, Abends 8 Uhr, im Lokale Süd-Ost, Waldemarstr. 76, Versammlung.

2. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren. 2. Delegiertenwohl zur außerordentlichen Generalversammlung. Innere Kasienangelegenheiten. Einführungsbuch legitimiert.

Gauverein Berliner Bildhauer. Dienstag, den 24. Juni cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Refner, Kamenstr. 16.
Die Lehrkunds der Frauen-Abtheilung des Lehrkursus zur ersten Hilfe bei plötzlichen Unglücksfällen findet Dienstag, den 24. Juni, Abends um 8 1/2 Uhr, bei Feuerstein statt.

Achtung! Große öffentliche Versammlung sämtlicher in der Gemarkung beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend am Dienstag, den 24. Juni 1890, Abends 8 1/2 Uhr, in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.

Freie Vereinigung der Kartonnierarbeiter. Generalversammlung am Dienstag, den 24. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, bei Henke, Blumenstr. 38.

Verband deutscher Zimmerleute (Sofalverband Berlin). Versammlung am Dienstag, den 24. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im 'Victoria-Salon', Potsdamerstr. 18.

Sefang-, Turn- und gesellige Vereine am Mittwoch. Männergesangverein 'Jugendkraft' Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Kaffee', Gartenstr. 102.

Sefang-, Turn- und gesellige Vereine am Mittwoch. Männergesangverein 'Jugendkraft' Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Kaffee', Gartenstr. 102.
Männergesangverein 'Liederkreis' Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Kaffee', Gartenstr. 102.

Dermisches.

Dresden, 20. Juni. Der kürzlich zum Tode verurtheilte Mörder Veger ist heute Mittag nach Erdrosselung des Wachtmeisters aus dem hiesigen Gerichtsgebäude nebst einem anderen Gefangenen (einem Urkundenfälscher) entsprungen.

New-York, 21. Juni. Durch einen Cyclon, verbunden mit einer Windstöße, wurde gestern in Illinois bedeutender Schaden verursacht. In Carleville wurde das Schulgebäude zerstört und der Lehrer, sowie 7 Schüler getödtet; ebenso wurde eine große Anzahl Farmen zerstört; die Ortschaften Sublette und Sauwau sind ebenfalls vernichtet.

Briefkasten der Redaktion.

Herrn a. G. Dem Abdruck steht nichts im Wege.
Herrn b. Haben Sie sich schon direkt an den Rechtsanwalt gewendet?
Herrn c. Das wissen wir nicht.
Herrn d. G. Engeler. Er war General vor seinem Abschied.
Herrn e. Melden Sie das Gewerbe schriftlich ab.
Herrn f. G. Landsbergerplatz. Nur Freiermähdigung.
Herrn g. Burgstr. 22.
Herrn h. Abent 100. Besuchen Sie uns in unserer Sprechstunde (12-1; 6-7).
Herrn i. Am 1. Juli 1891.

nehmergewinn, den die Unternehmer nicht ohne Weiteres dem Arbeiter zukommen, die Bekehrten ihnen nicht allein gönnen wollen. Und dies mit vollem Rechte. Dieser Kampf drückt sich nicht allein darin aus, daß man höheren Lohn begehrt, man verlangt auch mehr und ausreichende gesundheitliche Einrichtungen. Die Verkürzung der Arbeitszeit verlangt und erreicht von dem Unternehmer das Zugeständniß, daß derselbe die Ausbeutung nicht mehr in's Schrankenlose gehen lassen kann. Es ist dann in Bezug hierauf oftmals gesagt und mit Aufwand vielen Scharfsmies aufgestellt worden, die Verkürzung der Arbeitszeit würde dem Unternehmer nicht allzuviel Nachtheil bringen. Der Arbeiter würde ja dafür um so intensiver arbeiten. Ich kann mich nun mit dieser neuen Art und Form der Ausbeutung nicht ganz einverstanden erklären. Groß ist allerdings bei Verkürzung der Arbeitszeit der Schaden für den Unternehmer nicht. Thatsache ist, daß in all' den Ländern mit der ausgedehnten Arbeitszeit weit Minderes geleistet wird, als in den mit verkürzter Arbeitszeit. Und dies bedarf keiner langen Erklärung. Die Arbeitszeit begehrt Aufmerksamkeit, neben der körperlichen Thätigkeit auch Geisteskraft. Diese wird durch zu lang andauerndes Schaffen gestört. Die gesammte Arbeiterbewegung geht auf das Ziel hinaus, diesen völlig unberechtigten Theilungsprozess zu ändern. Darin sind wir, Genossen, mit den Arbeitern des ganzen Erdkreises mehr und mehr einig geworden. Man weist uns vor, wir wollten „theilen“. In Wirklichkeit wird indessen heute in unrichtiger Weise „getheilt“ und zwar nicht von den Arbeitern. Das Sozialistengesetz auch habe den glänzenden Sieg des 20. Februar bewirkt, habe geschaffen, daß die Partei der Sozialdemokratie die mächtigste ist, habe auch die noch grollend oder indifferent Fernstehenden veranlaßt, sich mit der Arbeiterfrage zu beschäftigen. Dies hatten allerdings die schneidigen Herren nicht gedacht. Sie hatten erwartet, es werde Alles sich hängen und drehen und Meinungen sich gleich dem Grase wegmähen lassen. Wo man einen Führer, eine Bewegung vernichtete oder zu vernichten glaubte, tauchten zehn andere auf. So geschah es denn, daß relativ, procentmäßig mehr Parteigenossen entstanden als vor dem Ausnahmegezet. Wir befinden uns gegenwärtig denn auch schon in dem Zeitalter, wo man unschöngefftionen macht. Man glaubte, die klaffende Wunde des Volkskörpers heilen zu können, wenn man Pflasterchen auflegte. Wie anders dagegen der großartige und imposante Arbeiterkongress in Paris im vorigen Jahre. Er allein hat Früchte getragen, deren sich die Arbeiter erfreuen können! Die direkte Folge dieses allgemeinen Arbeiterkongresses war der allgemeine Kapitalistenkongress, der sich neuerlich angeblich auch mit der Besserung der Arbeiterverhältnisse beschäftigte. Der Kongress ist in seinen Erfolgen, wie jeder weiß, äußerst geringwerthig. Aber schon die Thatsachen, daß er überhaupt stattfand, ist als ein Triumph der Arbeiterfrage zu betrachten, den niemand abstreiten wird und kann. Diese ganze Bewegung ist in den gegnerischen Kreisen herodgerufen worden allein durch den Erfolg, den die Sache der Unterdrückten am Wahltage hatte! Dieser Erfolg hat zu Ergebnissen geführt, die uns in eine andere Lage setzten. Und dies, Freunde und Genossen, macht es auch möglich, daß ich jetzt vor Ihnen sitze und wir in demokratischer und brüderlicher Gesinnung diesen schönen Parteitag abhalten. (Lebhafte Beifall.) Viele sind nur geneigt zu glauben, wir befänden uns schon ganz nahe am Ziele unserer Wünsche. Dies ist nicht der Fall. Es ist deshalb auch meine Pflicht, den aufgelauchten allzu lähnen Hoffnungen entgegen zu treten. Das Ausnahmegezet wird allerdings fallen. Doch damit ist noch keineswegs bewiesen, daß es nun auch eine freiere Bewegung gebe als früher. Das Sozialistengesetz war das getreue Spiegelbild, der unverfälschte Ausdruck des schlafmüthigen Bürgerthums, das zu träg, zu stumpf und faul war, selbst etwas zu thun, das nach der hohen Obrigkeit in allgewohnter Weise rief, wenn ihm etwas unsagbar Neues und Anderes in den Weg trat. Man betrachtete auf dieser Seite den Staat als Nachwächter, der die Ruhe nicht stören läßt. (Lebhafte Zustimmung.) Die Regierung hat indessen gemacht eingesehen, daß sie damit herzlich schlechte Geschäfte macht! Der Kapitalismus ist doch in der That stark genug, sich selber zu helfen! Redner kam sodann des Eingehenden auf das gewerliche Schiedsgericht zu sprechen, dessen Bestimmungen namentlich in Bezug auf die Arbeiterinnen er einer scharfen, aber gerechten Kritik unterwarf. Diese Zustände würden sich zwar nicht sofort ändern, doch können die Arbeiter in die Lage, ihre Kräfte mit den Unternehmern messen zu können. Welche Machtmittel sehen nun dem Arbeitnehmer in diesem nothgedrungenen Kampf zu Gebote? Da ist zunächst und in erster Linie der Streik. Diefelben sind allerdings nichts Demokratisches. Sie sind entstanden auf dem rein menschlichen Boden des rücksichtslossten Klassenkampfes. Dieser Standpunkt der Selbsthilfe hat in England von Alters her und auch in unseren Tagen noch seinen Hauptstich. Er hat, was nicht zu leugnen, vornehmlich dort ganz bedeutende und hervorragende Erfolge errungen! Welche Ursachen aber sind maßgebend, daß die Arbeiter auf diesem Gebiete Erfolge erringen? Man müsse sich hüten, anzunehmen, daß mit den Streiks das Schwinden des Unternehmergewinnes erreicht werden könne. Unsere Aufgabe muß es aber sein, auf andere Mittel und Wege zur Erreichung dieses Generalzweckes zu sinnen, des Hauptzieles der gesammten wirtschaftlichen modernen Arbeiterbewegung, der vielgestaltigen, heutigen Arbeiterfrage. Der Weg dazu ist unverkennbar und Allen deutlich vorgezeichnet. Alles was die Arbeiter erreicht haben, ist ihnen geworden, weil dieselben eine politische Macht geworden sind. Das Schlimmste was geschehen kann, ist, daß man sein Leiden stillschweigend trägt. Es ist ein Unthun, den Waden hinzuhalten, wenn man eine Ohrfeige bekommt. Die Arbeiterpartei hat die Pflicht, immer und immer von neuem wieder, mit immer neuem Eifer, mit immer nachhaltigerem Nachdruck Protest gegen seine politische und wirtschaftliche Unterdrückung einzulegen und sich die Rechte zu fordern. Er muß immer und immer wieder die öffentliche Meinung auf sich und seine Lage lenken. Dadurch wird man endlich dahin kommen, nothwendig kommen zu müssen, daß die Mehrheit der Bevölkerung offen, ohne Scheu und Rückhalt mit den Arbeitern stimmt. Denn wenn Einer Hufe ist, könne er nicht im Jägerverein sein! (Lebhafte Beifall.) Denn die überwältigende Mehrheit in der Welt gehört nun einmal dem Proletariat an. In Sachsen, dem flassischen Lande bornirter „Gemiedlichgeet“ und starren Jopthums, hätten über 75 pCt. der Bürger ein Einkommen unter 800 M. Wessen Einkommen aber sich nicht auf 900 M. belaufe, der könne unter heutigen Umständen auch ein menschenwürdiges Dasein nicht führen. Und ähnlich, oft genau so ist es überall im deutschen Land der Gottesfurcht und frommen Sitte. Massenarmuth herrscht allenthalben. Und weil die Mehrzahl aller Menschen Proletarier sind, darum auch sind die Forderungen der Arbeiterpartei voll berechtigt, darum werden immer gewaltigere Massen mit Gewalt auf den von uns eingeschlagenen Weg gedrängt. Das ist keine „Ordnung“ mehr, von der die „Ordnungsmänner“ sprechen. Das ist mächtig zur Ordnung ausgearbeitet. Wir müssen eine völlig und durchgreifend andere Wirtschaftsweise einführen, in der einem jeden auch der richtige Ertrag seiner im Dienste des Ganzen aufgewendeten Arbeitskraft zu Theil wird. Alle diese Leute sind nun einmal, sie mögen gleich wollen oder nicht, geborne Sozialdemokraten. Der Staat wirkt selbst und nicht in letzter Reihe demokratisierend auf das Volk. Sorgen wir darum dafür, daß jeder einzelne in dem großen Strudel hineingezogen wird. Der Kapitalismus hat allerdings auch einiges Interesse, die Arbeiter nicht untergeben zu lassen. Staat und Gesellschaft haben ein gewisses, wenn auch nur leichtes und nicht im mindesten tief gehendes Interesse, die Arbeiter gesundheitslich zu schützen und nicht physisch zu Grunde gehen zu lassen. Das ist das sogenannte eberne Lohngezet. Die Arbeiter haben unendlich viel zu fordern, ehe auch nur ein kleiner Theil all dessen erfüllt ist, was ihnen zukommen muß. Die Unternehmer geben freiwillig nichts, mit Gewalt muß ihnen Alles und jedes abgetrotzt und in ausschließlosem Kampfe abgerungen werden! Und wenn dieses gelingt,

dann gelingt es nur durch die politische Macht der Arbeiter. Die politische Lage ist nun gegenwärtig eine gegen früher wesentlich veränderte. Früher konnte und durfte man, den obwaltenden Umständen und öffentlichen Zuständen gemäß, nur das Nächstliegende in Betrachtung und Erörterung ziehen, sich nur um das Erreichbare kümmern. Jetzt haben wir mehr und mehr die Pflicht, auf Grund der Wahrheitslehren der Sozialdemokratie das Programm derselben wissenschaftlich zu erörtern. Man muß in maßvoller und dennoch scharfer Weise diese Erörterungen führen und immer wieder und immer nachdrücklicher die Ideen der Befreiung der Menschheit, eines Zieles, das des Schweißes auch der Edelstein werth, an den Mann und, wo dies angängig, auch an die Frau zu bringen suchen. Es giebt noch immer eine große Masse von Proletariern, welche annimmt, die Arbeiterbewegung umfasse nur die Fabrikarbeiter. Wir nennen all diejenigen Arbeiter, die durch ihr eigenes Thun, Können und Leiden dem Dasein den Lebensunterhalt abringen. Ob Einer mit dem Kopf, dem Fuß oder mit den Händen arbeitet, macht in dieser Werthschätzung in unseren Augen auch nicht den allermindesten Unterschied aus. Sobald Jemand, gleichviel nach welcher Richtung und in welcher Form und Art, fruchtbringende Arbeit für die Menschheit leistet, gehört er naturnothwendig auch zu uns, wir nehmen ihn für uns in Anspruch. Wer aber sein Kapital allein arbeiten läßt und von der Arbeit Anderer lebt, hat bei uns keinen Platz, gleichviel, welcher sonstigen Richtung er angehören möge. Und unsere Pflicht ist es und sei es nach all dem Ausgeführten immer mehr und mehr, dies all den zu uns Gehörenden, aber mehr oder minder aus Gründen der Erziehung, des Unganges, des Indifferentismus und der geistigen Beschränktheit und Vernageltheit uns noch immer Fiehenden und ängstlich Meidenden, auseinander zu setzen. So geht hin in alle Welt, ihr Apostel und Märtyrer des wahren, freien, humanen und weiterlösenden Menschthums! Gehet hin in alle Welt und lehret alle Völker! Unermüdetlich und immer und bei jeder Gelegenheit, nicht allein um die Zeit der Wahl, seid auf dem Plage! Unerfurcht, furchtlos und beharrlich arbeitet an allen Orten und vergeßt nicht, eines der wichtigsten Agitationsmittel, die gesinnungstreue Arbeiterpresse, zu unterstützen. Nie wird ein Arbeiterblatt alt. Weil dasselbe einfach, entgegen den Organen der Kapitalmacht, keinen Trampf und Klatsch in seinen der Wahrheit, Freiheit und dem Menschenrecht gewidmeten Spalten aufnimmt. Arbeitern, die nicht das Geld besitzen, auch nur ein derartiges Blatt zu halten, und es giebt deren noch leider unendlich viel, soll man die geliesenen Blätter freundlich zuführen. In allen Orten soll man politische Vereine gründen. Die Streiks wende man maßvoll an. Die Arbeiter sollen endlich politisch aufgeklärt und aller ihrer politischen Rechte sich voll bewusst werden! Es schadet durchaus nicht, daß die Arbeiter sich gesinnungstreuen an allen Wahlen beteiligen, nicht nur zu den Reichstagswahlen, sondern auch in kommunalen Angelegenheiten ihre Kraft, Einsicht und ihren Einfluß betheiligen so viel dies nur immer möglich ist. Die Frauen spielen in unserer politischen sowohl als auch immer in der wirtschaftlichen Bewegung eine viel zu kleine, noch bedeutendere und geringe Rolle. Auch dieser Uebelstand muß nach Kräften beseitigt werden! Die Gesetzgebung hat denselben einen Riegel vorgeschoben. Und doch begehrt man ein großes Unrecht in der Annahme, daß die Frauen, wenn einmal thätig in die Bewegung eingetreten, sich nicht energischer, überzeugungstreuer und zielbewusster benehmen, muthvoller sind als oft der Mann! Man sorge auch des ferneren, daß die Frauen mehr geschützt werden! Wir sind auch nach dieser Richtung aus einer Zeit des Kampfes in eine neue Zeit des wesentlich anderen Kampfes gelangt. Wir sind darüber, werthe Freunde und treue Genossen, wollen wir doch um Alles in der Welt uns selbst nicht zu täuschen suchen, noch immer nicht Sieger. Aber mit weit größerem Muth noch als jemals vorher können und wollen wir, geeint durch das Band der Brüderlichkeit, in den neuen Kampf treten. Die Fahne hat eine andere Inschrift bekommen, aber die Inschrift ist dieselbe: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! Eines begehren wir, was unsere Gegner nicht haben, die freie, heilige Ueberzeugung! Wir wissen, daß wir für nichts mehr und nichts minder als unser gutes Recht kämpfen. Dieser reine Idealismus, der uns mit kämpfen heißt, nicht bloß weil man einen Vortheil erringt, sondern weil man auch anderen ihr Recht mit erkämpfen hilft, dieser große, heilige Gedanke der Liebe und Verbrüderung macht uns siegreich und stärkt all die Gedanken des Friedens. Wir sind nicht die Partei des Hasses! Wir hassen das Unrecht und lassen uns nicht unterdrücken von Jenen, die schon Jahrtausende lang uns den Fuß auf den Nacken setzen. Wir wollen nicht auf den Umsturz, nicht auf die Verheerung ausgehen! Der 1. Mai hat es bewiesen, wie treu wir zusammenhalten. Dieser Weltfeiertag war ein Triumph, wie er größer und schöner, ernsther und heiliger nie errungen worden! Diese Feiertage des 1. Mai hat es bewiesen, was man durch strenge Manneszucht erreichen kann und wird. Es war dies ein Produkt unserer idealen Bestrebungen, unserer eigenen inneren heiligen Ueberzeugung! Wir werden auf diesem Wege weiter gehen! Wo aber Ausschreitungen vorkommen, dann wissen wir es genau, wer sie macht! Die Arbeiterpartei wird sich nicht behen, nicht verführen und aufreizen lassen! Sie wird sich nicht von dem einmal eingeschlagenen Wege, den sie für den richtigen hält, abbringen lassen! Die Produktionsweise muß umgeändert werden, die Sozialstruktur der Gesellschaft muß erfolgen! Wir werden bleiben, was wir sind und waren. Die Sozialdemokratie hat vor den Erlässen des Kaisers bestanden, sie besteht noch und wird weiter bestehen, bis wir den Sieg errungen haben!“ (Donnernder, brausender Beifall.)

Eine rege Diskussion schloß sich bis in der um 2 Uhr Mittags eintretenden Mittagspause. Ein Vertreter aus Bunsau erzählt unter lebhaften und vollberechtigten Psitrusen die Geschichte einer schier unerhörten Vergewaltigung in dieser Stadt. — Herr Behrend aus Frankfurt a. d. Oder bringt den Antrag ein, die Kommission, die in so wirksamer Weise bisher ihres Amtes geuollet, möge in sämmtlichen Wahlkreisen des Regierungsbezirks Frankfurt a. d. Oder die politische Agitation und Organisation in die Hand nehmen. — Herr Schiemenz aus Rottbus kritisiert unter dem Vorfall der Versammlung das Verhalten der konservativen „Kotibuser Zeitung“. — Aus allen auf dem wahrhaft imposanten Parteitag vertretenen Wahlkreisen sprechen sich im Verlaufe der Verhandlungen die Genossen im Sinne und Geiste des Herrn Referenten, der oftmals selbst noch zur Klärung der Sache das Wort nahm.

Die Mittagspause vereinigte in den Nebendünen des Stabklements die Genossen in frohlichster und herzlichster Weise auf einige Stunden. Manches freies Wort wurde ausgetauscht, manch herzlich und biederer Händedruck ausgetauscht, bis um 3 Uhr Nachmittags wiederum die Glocke des Präsidenten zu erster Sitzungsarbeit und Berathung zum Allgemeinwohl rief.

Folgende Beschlüsse wurden in allen Fällen einstimmig gefaßt:

Die am 22. Juni 1890 im Robus'schen Stabklement einmüthig versammelten Vertreter des kämpfenden Proletariats erklären sich mit des Herrn Referenten Ausführungen in allen ihren Theilen einverstanden und fordern die Genossen auf, die nachstehenden Beschlüsse auszuführen:

Erstens: In jedem Orte des Bezirks sind politische Organisationen in's Leben zu rufen, welche unablässig die Klärung der Arbeiterfrage in politischer und auch wirtschaftlicher Beziehung anstreben.

Zweitens: Da die Arbeiter um der heutigen herrschenden Unordnung auf wirtschaftlichem Gebiete willen, als die Mehrzahl der Gesamtbevölkerung unter Bedingungen leben, die ein menschenwürdiges Dasein nicht ermöglichen, da ferner die schrankenlose Willkür des Kapitalismus die Gesundheit des Ar-

beiters untergräbt, und besonders durch übermäßig lange Arbeitszeit das Leben des Arbeiters verkürzt wird, erklärt der Parteitag für die nächste und wichtigste Forderung, durch deren Erfüllung die Beschäftigungslosen vermindert, ein größeres Konsum erzielt und die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung verbessert werden kann, wenn übereinstimmend mit den Beschlüssen des Pariser Arbeiterkongresses vom Juli 1889 die Verkürzung der Arbeitszeit von den arbeitenden Körperschaften gefordert und die Einführung des achtstündigen Arbeitstages erstrebt werden muß.

Drittens: Gleichzeitig erklärt die Versammlung sich mit allen Beschlüssen des Pariser Arbeiterkongresses, vor Allem aber und in erster Linie mit der Verbrüderung der Arbeiter aller Länder einverstanden, indem sie anerkennt, daß gegenüber der Sozialdemokratie alle anderen Parteien nur eine einzige reaktionäre Masse bilden.

Es ist jedes Genossen Pflicht, dahin zu wirken, daß überall gewerkschaftliche Vereine gegründet werden, damit dadurch im Sinne der Gewerbeordnung die schlimmsten Nothstände gehoben werden können. In Anbetracht des Umstandes ferner, daß die von der Regierung dem Reichstage vorgelegten Arbeiterschutzgesetze keineswegs den berechtigten Anforderungen der Arbeiter entsprechen, daß im Bereichtheil die von der Regierung beabsichtigte Einschränkung des Vereinigungsrechtes der Arbeiter wie auch die Bestrafung des Kontraktbruchs eine verstärkte Niederdrückung der Bestrebungen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage herbeiführen wird, und nur der von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages vorgelegte Arbeiterschutzgesetz-Antrag eine dauernde und eingreifende Abhilfe schaffen kann, in allen Orten des Regierungsbezirks statistische Erhebungen im Sinne des Vorschlages Behrend in allen Branchen vorzunehmen.

Reichstagsabgeordneter Harm bringt die geplante Gründung eines großen sozialdemokratischen Blattes in Anregung. Die „Märkische Volkstimme“ wird als Organ anerkannt, und nach wiederum einstimmiger Annahme des Antrages:

Es ist jedes Genossen Pflicht, dahin zu wirken, überall gewerkschaftliche Vereinigungen zu gründen, damit dadurch im Sinne der Gewerbeordnung die schlimmsten Nothstände abgestellt werden.

mit dreimaligem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung der Parteitag geschlossen.

Der Berliner Arbeiter-Bildungsverein hielt am Dienstag bei Hauptmann, Invalidenstr. 144, eine gut besuchte Versammlung ab. Die interessante Tagesordnung: Ueber kapitalistische und sozialistische Moral, Referent cand. phil. Herr Peus, hatte Manchen, der sich noch nicht zur Sozialdemokratie bekannt, dorthin gelockt. Referent erlebte sich seiner Aufgabe, indem er nach einer kurzen Erzählung von einer freisinnigen Arbeiterversammlung, der Redner bewohnte und dieselbe einer kurzen Kritik unterzog, zu seinem Thema überging. Es handelte sich um eine Gegenüberstellung dessen, was noch aus der Moral auf dem Boden des Kapitalismus werden wird, oder was aus der Moral des Sozialismus werden muß.

Trotzdem bei den herrschenden Klassen der Einwand gemacht würde, der Sozialismus sei eine falsche Lehre, und obgleich den herrschenden Klassen Alles zu Gebote stünde, seien sie doch nicht im Stande, unserer Lehre entgegen zu treten. Es sei auch nicht die geringste Spur vorhanden, die Bestrebungen, die Lehren des Sozialismus kennen zu lernen. Dagegen handelte es sich bei den Arbeitern nur um die eine Lehre, um den Sozialismus. Sie erkennen, was sie wollen. Gerade der Sozialismus beruhe ja auf einer Weltanschauung die besagt, die Menschen sind nicht schuld, daß es ihnen schlecht geht, es liegt an den ökonomischen Verhältnissen. Die Moral sei die Lehre über Recht und Unrecht. Das Staatsgezet stehe dem gegenüber, sogar die ganzen politischen Parteien ständen auf einem anderen Standpunkt, je nach ihren verschiedenen Anschauungen. Die Konservativen meinten, die Macht des Königs sei noch viel zu gering, wir Sozialisten dagegen sagten, nicht viel leicht aus reiner Bosheit, wie uns untergeschoben würde, eine einzelne Person, oder ein Komplex von Ministern sei nicht im Stande, über unsere Verhältnisse sprechen zu können, nur derjenige, den der Schuh drückt, muß die rechte Stelle wissen, und deshalb sei der Sozialismus eine logische geistige Macht, die sich zum Staatsgezet durcharbeiten müsse. Abhängigkeit und Knechtschaft, die der Kapitalismus in die Welt bringt, seien die Grundfäden der ganzen kapitalistischen Zivilisation. Der Sozialismus dagegen wolle Gleichheit, nicht gleiche Hute oder Nasen, sondern gleiches Glück, gleiche Bedingungen, gleichen Antheil an die vorhandenen Kulturgüter. Diese seien das Produkt der Arbeit vergangener Generationen, an der alle Menschen ohne Unterschied, ob reich oder arm, ob Krüppel und Verbrecher, einen Antheil hatten. Der Kapitalist betrachte den am Wege liegenden Krüppel mit Abscheu, giebt ihm vielleicht im Vorübergehen eine kleine Gabe und hält das für eine Gnade, fühlt sich auch noch berechtigt, zu sagen, er giebt den Armen Almosen. Der Sozialist dagegen betrachtet es von ganz anderem Standpunkte. Dieser sagt sich, Ihr Krüppel und Kranken, die Ihr am Wege liegen müßt und betteln, Ihr, die Ihr vielleicht im Kriege verstimmt wurden, seid das Produkt gegenwärtiger Zustände, habt das gleiche Recht, an den Genossen der Kultur theilzunehmen, wie der Kapitalist. Ein französischer Gelehrter, Rousseau, sagte, als er sah, daß sich Familien ein Stück Land aneigneten und mit einem Zaun umgaben: „Was für Elend, Morde und Kriege würde mit der ersten Latte dieses Zaunes erzeugt; denn die Welt und alles, was besteht, gehöre niemanden.“ Hierzu zog Redner eine Parallele von den Latifundien vor 2000 Jahren bis zur gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsweise. Redner kritisierte des weiteren die in der Zeit lebenden charakterlosen Gelehrten und meinte, selbst der höchste gebildete Mann müßte, wenn er es ehrlich meinte, zugeben, daß die Moral des Sozialismus eine hoch erhabene sei. Die Herren schaudern nur zurück, wenn sie dem aufklärten Proletariat sich an die Seite stellen sollten. Zum Schluß streifte Redner noch die Religion, führte alsdann das 17. Kapitel Lucas an, wo Jesus zu seinen Jüngern sprach: „Wenn ein Knecht vom Felde kommt, so sagt sein Herr nicht zu ihm, seh' Dich hin und is' und trink, sondern mache mir etwas zu essen, dann kannst Du auch essen. Also sogar Jesus predigte die Abhängigkeit und Knechtschaft, deshalb sei unsere Religion auch nur für die Reichen, die könnten ja auch nur von einem Himmel sprechen, weil sie den Lebensgenuß vollständig ausgelost haben. Denen sei das Leben schon zum Ekel; sie erwarteten im Himmel noch mehr. Aber der Arbeiter wolle nur in diesem Leben sein Ziel erreichen. Und so müßten wir recht ruhig und besonnen weiter arbeiten, immer näher auf unser Ziel lossteuern, denn die Moral habe das Ziel, immer mehr Gründe zu suchen, um zeigen zu können, daß wir auf dem rechten Boden wandeln, bis wir zum Ziele gelangt sind. (Anhaltender Beifall.) In der Diskussion sprach als erster Redner Studios Herr Peters, der dem Referent seine Anerkennung aussprach. Weiter führte er die Reden Wagner's und Stöder's auf dem sozialen Kongress an und beschwerte sich darüber, daß unsere Presse nicht mehr davon gebracht hätte. Herr Peus klärte den Redner über mehrere Punkte, die derselbe nicht verstanden hatte, auf. Als noch mehrere Herren, u. a. Strauch, Griebenroth, Blücher und Meister gesprochen und die Vereinsangelegenheiten erledigt, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Jahresverein für Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter. Da in der Versammlung vom 10. d. M. der Beschluß gefaßt wurde, die Vereinsversammlungen bis zur Regelung der Bierfrage während der Dauer von 4 Wochen ausfallen zu lassen, machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß zur Entgegennahme der Beiträge die Kassierer jeden Sonnabend von 8^{1/2}—10 Uhr Abends in den Arbeitsnachweisen des Vereins für den Süden Trebenstr. 116 bei Gröndel, für den Norden Anklamerstr. 49 bei Nürnberg anwesend sind. Auch werden daselbst neue Mitglieder aufgenommen.